

Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Schreibleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ostsverkehr Dönhof 61 (A 7) 3600-3665, Fernverkehr Dönhof 3636-3693, Telegramm Ullsteinhaus, Berlin. Postschek-Konto: Berlin 360.

Berlin

Bezugpreis monatl. 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Ann., mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. [Anzahl] . Nr 507

DIENSTAG, 24. OKTOBER 1933

MORGEN-AUSGABE

Die entscheidende Kammerfijung

Der nächtliche Kampf um Daladier

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 23. Oktober

Die Kammer hat am Nachmittag und nach einer zweifelhafte Unterbrechung, am Abend die Ansprache über den Finanzentwurf der Regierung fortgesetzt. Die Erörterung um das Kammergebäude herum waren, um den angehängten Stoffenhandlungen der Beamten- und Angestelltenverbände vorzugehen, mit einem beträchtlichen Aufgehob an Polizei noch energischer abgeleert als am Vormittag.

Die Rechtsopposition brachte bei jedem einzelnen Artikel des Reichsstaatsminters Ergänzungsanträge ein, die lange Streitgespräche und wiederholtes Eingreifen des Ministerpräsidenten Daladier bzw. des Haushaltsministers selbst forderten, um

schließlich aber sämtlich durch eine Mehrheit der Mitte und der Linken abgelehnt zu werden.

Fürsprecher gingen hinter den Rücken die Vermittlungen weiter, doch nach einer Formel zu finden, die es der Regierung und den Sozialisten klug gelassen, sich über den Inhalt des Artikels 37 (Rücktritt der Beamtengehälter) zu einigen. Die Verträge endeten schließlich in einem von den sozialistischen Abgeordneten gefassten Ergänzungsantrag, der für die kleineren Einnahmen eine Mäßigung und für die größeren Einnahmen eine bis zu 10 Prozent ansteigende Verminderung der Gehälter vorsieht.

Um 23.30 Uhr begann dann die Ansprache über den Artikel 37. Ergänzungsanträge Bonnets Harriet und Louis Marin wurden abgelehnt. Um 24.10 Uhr brachte Léaliste seinen Ergänzungsantrag vor.

Die erste Welle

Wenn man das Ende der „ersten Welle“ der Maßnahmen der Regierung Hitler zur Verminderung der Arbeitslosigkeit datieren wollte, dann müsste man es auf den Beginn des Monats Oktober im Jahre 1933 legen. Zum ersten Male hat die natürliche saisonmäßige Bewegung am Arbeitsmarkt in der ersten Oktober-Welle die konjunkturelle überwogen. Der Tiefpunkt der Kurve war mit der Zahl von 3.850.000 bei den Arbeitsämtern registrierter Arbeitsloser Ende September zunächst erreicht. Die Folge der „ersten Welle“ fenzugelnet die Reichsanstalt folgendermaßen: „Rund 6 Millionen Arbeitslosen am Beginn (siehe rund 3,5 Millionen am 15. Oktober bei den Arbeitsämtern gegenüber. Ramen Ende Februar noch 96,2 bei den Arbeitsämtern eingetragene Arbeitslose auf 1000 Einwohner, so Mitte Oktober nur noch 61,7 . . .“

Bereits im vorigen Jahr hatte die Kurve der Arbeitslosigkeit sich gegenüber den vorangegangenen Jahren verändert. Sie hatte sich verlagert. Was sie im Winter wieder anstieg, kam sie zum Schnitt mit der Kurve des Vorjahres. Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit lag zum ersten Male seit vier Jahren wieder unter dem Höhepunkt des Jahres vorher. Ein Blick auf unser Bild zeigt, daß die Kurve sich in diesem noch wesentlich verändert hat. Sie fällt von dem Höhepunkt im Februar 1933 ab. Der Abstieg gegenüber 1932 vergrößert sich von Monat zu Monat. In der zweiten Hälfte des August wird der Stand des Jahres 1931 erreicht. In der zweiten Hälfte des September wird die 4-Millionen-Grenze unterschritten. Schon rücken wir an die Kurve des Jahres 1930 heran. Selbst wenn die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten wieder steigen sollte, könnte man jetzt schon die Voraussage sicherer, daß der Schnittpunkt mit der Kurve des Jahres 1930 in wenigen Monaten erreicht sein muß.

Zugleich hat sich eine Veränderung durchgejeht, die für die konjunkturelle Prognose von Bedeutung ist. Der Tiefpunkt der Kurve ist näher an den Winter herangerückt. Der absteigende Arm ist länger geworden. Es ist ja in der saisonalen Bewegung am Arbeitsmarkt, also der Rhythmus der Beschäftigung im Wechsel der Jahreszeiten, überlagert die ton-

Die ungenannte Brandflüchtigkeit

Gerichts-Chemiker Schatz über die Selbstentzündung im Plenarsaal

Bei der gestrigen großen Sachverständigen-Vereinbarung im Reichsstaatsbrandflutprozess hat die Gutachter-Gesellschaft Voss (dessen Ausgabe wir bereits im Abendblatt druckten), Brandrat Dr. Wagner und Gerichtschemiker Dr. Schatz (Salle) einstimmig aus, daß eine Kleinstatigkeit von der Natur der Brandflüchtigkeit des Plenarsaals auszugehen nicht möglich sei, das aus Gründen der öffentlichen Sicherheit nicht genannt werden kann, fanden besonderes Interesse.

Gerichts-Chemiker Dr. Schatz-Salle schied seinen Untersuchungsergebnis voranz: Ich komme zu dem Ergebnis, daß der Brand im Plenarsaal nicht natürlich war, daß dagegen die Gründe in den Umständen und dem Verhalten eines natürlichen Ablaufs geholt haben. Die Zündungsart der Brände in den Umständen und im Verhalten ist anders gewesen als im Plenarsaal. Nach positiven Feststellungen bin ich der festen Überzeugung, daß im Plenarsaal mit einer selbsttätigen Brandflüchtigkeit gearbeitet worden ist, deren Natur ich noch beauftragten werde, daß zur Beurteilung des Feuers eine Klein-Statistik in der Öffentlichkeit dient hat. Sie kommen Petroleum oder Schwärze in Betracht. An der Tatsache der Verwendung von Brandflüchtigkeit habe ich keinen Zweifel, auch wenn die Unterlage keine positiven Ergebnisse ergeben hat.

Der Sachverständige bittet darauf das Gericht, im Interesse der allgemeinen Sicherheit die Öffentlichkeit auf kurze Zeit auszuschließen, in der er die Brandflüchtigkeit beauftragten werde. Im späteren Verlauf wollte er dann nur noch von Zündstoff und Zündmittel sprechen. Es sei außerordentlich gefährlich, in der Öffentlichkeit darüber zu sprechen, weil dann eine starke Erhöhung der Brandflüchtigkeiten zu befürchten wäre.

Wendungs-Sachverständige für die Anwendung des Zündmittels, das hier in Betracht kommt, ist die starke Selbstbildung, die bei dem Brand beobachtet worden ist. Es ist gar nicht nötig, 4 bis 6 oder 20 Liter flüssigen Brennöl herbeigebracht werden, 4 bis 5 Liter hätten durchaus genügt, um die starke Brandentwicklung hervorzuwirken. Ich habe Stupproben und Stupproben von den hauptsächlichsten Brandstellen entnommen. Die Untersuchung hat meine Annahme bestätigt, daß hier die Brandflüchtigkeit verursacht wurde, die ich aus den angeführten Gründen nicht näher beschreiben will. Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß die Brandlegung im Plenarsaal in folgender Weise stattgefunden hat: Man hat Kohlenzänder mit der selbsttätigen Brandflüchtigkeit getränkt und hat sie auf eine mit Petroleum oder Schwärze benetzte Unterlage gelegt. Diese Unterlage könnten die abgeriebenen Wände gewesen sein. Auf diese Weise würde in einer Zeitpanne von 20 Minuten bis 1 1/2 Stunden eine Selbstentzündung eintraten, ohne daß ein Mensch einen Finger rührt. Für die Zündungsart spricht das Fortstreifen des Feuers von einer höheren Stufe nach einer tieferen. Ich halte nach wie vor den Stenographenraum für einen Zündherd. Die anderen Brandstellen in den Umständen usw. sind ganz anderer Natur.

Die Frage, wann die Vorbereitung des Brandes im Plenarsaal nur von einer Person in der Lage angegeben sein dürfte vorgenommen worden ist, w e n n e i n i c h. Nach meiner Überzeugung müßte eine Person im Plenarsaal mindestens bis zu 25 Minuten Zeit gehabt haben, wenn das Brandmaterial bereit hand. Ich

halte 40, zu 20 bis 10 Minuten für ausgeschlossen. Dann wäre die Explosionsgefahr übertrieben worden und der Brand hätte sich nicht zum mit dem Leben daan gekommen. Die ganze Art der Brandanlage läßt darauf schließen, daß der oder die Brandstifter eine ziemlich Kenntnis von der Zündungsart gehabt haben müssen, wie ich annehme. Man findet Leber in der Literatur Angaben über die Zündungsart und sie wird hauptsächlich in den Kreisen der Intelligenz verwendet, während sie bei gewöhnlichen Brandfällen wohl nicht so bekannt ist. Ich fasse meine Ausführungen dahin zusammen: Die Zündung ist erfolgt durch einen selbsttätigen Stoff, der in einer leicht erkennbaren Brandflüchtigkeit besteht. Dieses Zündungsmittel hat auch sehr zur Ausbreitung des Feuers beigetragen. Zur Ausbreitung des Feuers genügt nach meinem Dafürhalten 4 bis 5 Liter Petroleum oder Schwärze, das dem vorhin erwähnten Stoff gleichgemacht. Eine größere Menge hatte ich nach der Wirkung und dem Brandverlauf für ausgeschlossen. Der oder die Brandstifter wären dann nicht mit dem Leben daan gekommen.

Oberrichtsanwalt: Können das nach Ihrer Meinung erforderliche Brandmaterial in kürzerer Zeit in Aktenfächer usw. in den Reichstag heringebracht worden sein?

Sachverständiger: Es hätte genügt, wenn man die im Reichstag vorhandenen Brandstifter mit der Brandflüchtigkeit besprühen hätte, oder die verpackten Stoffe dazu verwendete. Mich bringt die Schilderung von dem eigenartigen Abstreifen der Stoffe darauf, daß sie mit der Brandflüchtigkeit besprüht worden sind. Die Übung hat einen laborähnlichen Charakter. Wenn man damit zu tun gehabt hat, so bleibt dieser Geruch noch mindestens eine halbe Stunde lang an einem haften, weil er sich in der Kleidung festsetzt.

Oberrichtsanwalt: Wenn man sich aber nun einen Ueberzeiger und Sandstube anzieht?

Sachverständiger: Auch dann ist der Geruch zu spüren. Es ist ein eigenartiger Geruch, den man schwer loswerden kann. Ich habe das bei den von mir angeführten Untersuchungen erfahren.

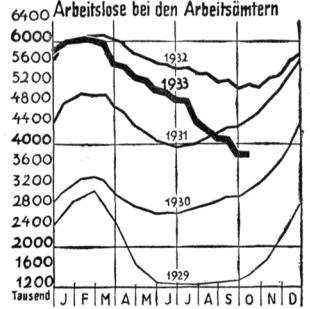
Oberrichtsanwalt: Wenn Ihre Erklärung der Umstände des Brandes richtig ist, wäre dann neben der Kenntnis der Eigenschaften des Zündens auch Ortskenntnis im Reichstag nötig?

Sachverständiger: Die Natur der Zündung kann man auch ohne Ortskenntnis kennen, oder bei der Dunkelheit im Reichstag würde noch eine gewisse Ortskenntnis nötig.

Oberrichtsanwalt: Dann würde man wohl keine Daten schaffen wie Leber auf dem Brandstube?

Sachverständiger: Ich halte die Angaben Lebers für ganz ausgeschlossen. In den Umständen hat er wahrlich keinen feinen Brand beobachtet, sondern zufällig die Zündungsmittel verloren.

Fortsetzung auf der 2. Seite



Roosevelt-Gauffe in New York

An der gestrigen New-Yorker Fondsbörse setzte als Folge der fortwährenden Rückentwicklung Roosevelts eine typische Inflationshaufe ein. (Siehe Sandelsteil.)

Unsere vierte Seite

Lagerleben in Ostpreußen

Jahtes angebaut. Die Kräfte des Aufstiegs müssen sich also vergrößert haben.

Über entsprechende Zahlen der tatsächlichen Bewegung am Arbeitsmarkt? Die Frage ist berechtigt, denn wir wissen, daß sich in den Berichten der Reichsanstalt zur Entwicklung der von den Arbeitssamtern jahrelang erfaßten Arbeitslosigkeit spiegeln. Eine Statistik deckt sich mit ganz mit den Verhältnissen der Wirtschaft. Die Fehlerquelle bei der Arbeitslosenstatistik beruht im wesentlichen darauf, daß je nach dem Zweck der Statistik, also arbeitslos, nicht arbeitslos, und doch nicht als arbeitslos eingestuft wird, weil das Arbeitsamt davon nichts erfährt. Oder, das Arbeitsamt erfährt davon und er mit doch nicht als arbeitslos eingestuft, weil er die von dem Arbeitsamt geforderten Bedingungen nicht erfüllt. Bei der ersten Gruppe handelt es sich hauptsächlich um solche, die keinen Anspruch auf Unterstützung haben und sich daher überhaupt nicht bei dem Arbeitsamt melden. Die zweite Gruppe tritt auf dem Arbeitsamt wohl in Erscheinung, aber sie wird nicht als arbeitslos registriert, weil sie die von der Statistik geforderten Merkmale nicht erfüllt. Das ist natürlich nicht billiger, sondern für die statistische Behandlung dieser Gruppe von Arbeitslosen sind finanzielle oder wirtschaftspolitische Gründe maßgebend. So sind auch in diesem Jahr Veränderungen der Zahlenreihe eingetreten. Die wichtigste bestand darin, daß die im Arbeitsdienst ständigen, die als Arbeitslose gemeldet sind, seit Ende Juni nicht mehr als arbeitslos eingestuft wurden. Der Grund ist: Arbeiter, Handwerker, Kaufleute, die im Arbeitsdienst tätig sind, können zwar eine normale entlohnte, ihrer Ausbildung entsprechende Arbeit finden, aber sie sind nicht arbeitslos, das heißt ohne Arbeit, da sie ja im Arbeitsdienst beschäftigt sind, 151 000 Arbeitslose sind auf diese Weise aus der Statistik herausgefallen. Zweitens verlieren die Zahlen der Arbeitsämter durch solche Veränderungen an Größe, aber das Bild im ganzen ist dadurch nicht verändert. Die Arbeitslosen im Juli sind um 200 000 gegenüber dem Juni gefallen; auch wenn man die 151 000 Arbeitslosentwilligen abtrahmiert, bleibt immer noch ein Rückgang von 231 000 über, was vollkommen ausreichend, um die Entwicklung konstant erscheinen zu lassen.

Die Kontrolle liegt in der Statistik der Beschäftigten, die von den Krantentafeln aufgestellt wird. (Die Statistik der Gewerkschaften liefert in diesem Jahr die siebzehnte der Beschäftigten der Gewerkschaften am 2. Mai dieses Monats unterzogen wurde.) Die Beschäftigten-Zahlen der Krantentafeln umfassen nur die Arbeitnehmer, die Krantentafelversicherungsspflichtig sind, also die bis zu 300 Mark Monatsentlohnung. Davaus kann aber für die Beurteilung des Arbeitsmarktes kein ungenügendes gültiges Bild entstehen, da die Gesamtzahl der Beschäftigten ja nur größer sein kann als die Zahl der Krantentafelversicherten. Auf einen Anteil 2/3 hat sich die Krantentafelverpflichtung im letzten Jahre, waren 11 457 000 Krantentafelmitglieder in Beschäftigung. Ende September hatten 13 922 000 Männer und Frauen in Arbeit. Die Gesamtsumme beträgt 2 465 000. Die Arbeitslosen sind in der gleichen Zeit um 2 164 000 gesunken. Ueber eine Viertel Million Arbeitsloser mehr hat tatsächlich Arbeit gefunden, als die Zahlen der Arbeitsämter ausweisen. Das Ergebnis der Arbeitslosenstatistik wird nicht nur durch die Krantentafelstatistik bestätigt; es wird der Beweis erbracht, daß auch die Zahlen der Arbeitslosigkeit zurückgegangen sein muß.

Um gelangen zeigt die Entwicklung dieser sogenannten unrichtigen Arbeitslosigkeit, der unrichtigen Größe, die hinter jeder Arbeitslosen-Statistik steht, eine auffällige Bewegung. Der Rückgang der Arbeitslosenzahl betrug in der Zeit vom März bis zum September 1933 1 100 000, die Zahl der Arbeitslosen betrug 2 77 Millionen. Die unrichtige Arbeitslosigkeit war sich also an dieser Zeit um über 600 000 vermindert haben. Seit Juni verläuft die Entwicklung ungesichert. In jedem Monat bleibt die Zunahme der Zahl der Beschäftigten hinter dem Rückgang der Arbeitslosen zurück. Daß die Arbeitslosigkeit stärker sinkt als die Beschäftigung ansteigt, ist unmöglich. Wie ist der Unterschied zu erklären?

Die Erklärung ist nicht ganz einfach. Sie könnte zunächst darin liegen, daß die Statistiken zeitlich einander nicht entsprechen, da beide auf verschiedene Weise zusammenkommen. Dieser Grund muß weggelassen, da die beobachtete Ercheinung sich bereits über mehrere Monate erstreckt. Richtiger dürfte sein, daß die Beschäftigten-Statistik nicht die Fälle erfasst, in denen Arbeitslose z. B. bei der Ernte in der Landwirtschaft Arbeit gefunden haben, oder arbeitslos geworden sind, weil man die Beschäftigtenstatistik zu begründen. Wie man die Arbeitslosenverhältnisse für notwendig und vor allem für dauernd halten kann, ist eine andere Frage. Jedenfalls haben Arbeitslose, die auf diese Weise Beschäftigung fanden, zunächst einmal nicht mehr arbeitslos, erweisen sich also nicht mehr in der Arbeitslosen-Statistik, aber ebenfalls in der Statistik der Krantentafeln. Eine zweite Ursache für das Sinken der Beschäftigten-Statistik hinter der Arbeitslosen-Statistik dürfte in den Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit liegen, denen diese gleichzeitige Vermehrung der Beschäftigung gegenüber steht. Wenn z. B. eine Arbeiterin mit Hilfe eines Ehestandsdarlehens heiratet, oder wenn ein Arbeitnehmer als arbeitslos nicht mehr registriert wird, weil in der Familie ein ausreichendes Einkommen vorhanden ist, oder wenn ein arbeitsloser Arbeiter einen Arbeitsvertrag annimmt, dann wird die Arbeitslosenstatistik jeweils sinken, während die Beschäftigtenstatistik unverändert bleibt.

Es ist schwer zu sagen, ob diese Veränderungen zahlenmäßig eine große Rolle spielen. Zur Augenblick liefern sie die einzigen Erklärungsgründe für die gegenläufige Bewegung von Arbeitslosen und Beschäftigten-Statistik. Aber auch diese Einzelheiten liegen in der Beschäftigten-Statistik, die herab auf die Beschäftigten-Statistik. Der Grund, die tatsächliche Bewegung und die Arbeitsbeschäftigung haben die Arbeitslosigkeit um mehr als zwei Millionen heruntergebracht. Die erste Welle hat weit getragen. Sie hat der zweiten gut vorgeeilt.

Die Technik der Brandstiftung

Der Zündstoff im Plensarsaal

Fortsetzung von der 1. Seite

Sachverständiger: Aus der Frage des H. Dr. Seuffert: Ich meine, daß der Brandstiftung, oder einer solchen Art von Kunstwille mit Petroleum oder ähnlicher Flüssigkeit getränkt und daß darauf ein mit der Zündflüssigkeit getränktes Stück Rohlfangpapier gelegt wurde. Dann entzündet sich der Brand von selbst.

H. Dr. Seuffert: Die Möglichkeit einer Verletzung unterstellt, würde es doch gegenüber der Verletzung in den ganzen Plan wiederum sein, wenn dann derjenige Täter, der die Entzündung zu machen hat, ausgedreht im Restaurationsraum sich mehrere Minuten zu schaffen macht.

Sachverständiger: Ueber das Verhalten von der Lubbe habe ich meine eigene Meinung, die nicht in 30 Sekunden geht.

Annett Vogler: Außer von der Lubbe sehen hier vier Männer. Wenn es für Sie die Möglichkeit gibt, im Interesse dieser unglücklichen Angeklagten die Wahrheit an den Tag zu bringen, ich was zwar nicht Ihre Aufgabe als Sachverständiger, aber Ihre Aufgabe als Mensch. Deshalb bitte ich Sie, Ihre Auffassung über die Möglichkeit zu sagen.

Sachverständiger: Aus dem Verhalten von der Lubbe habe ich Schluß gezogen, die mit der Art der Brandlegung und dem Zünden etwas zu tun haben, aber nicht mit der Brandstiftung. Ich habe meine Schluß gezogen, daß gewisse Dinge in den Händen von der Lubbe geschehen. Denn das Verhalten auf dem Balkon ist nicht normal, von der Lubbe muß beim Einsteigen kein Geräusch kommen, daß bereits andere Vorgänge in den Räumen abspielen und er nur die Schuld durch sein eigenartiges Verhalten auf sich zu ziehen hat.

Dr. Seuffert: Wenn von der Lubbe die Hände getrieben haben auf den Balkon, in anderen Worten, daß sie sich den Grund auf sich haben, als er festgenommen wurde.

Sachverständiger: Janssch, deshalb bin ich der Meinung, daß Lubbe da nichts zu tun haben und im Plensarsaal nichts getan hat.

Was die Frage des H. Dr. Seuffert, ob beim Verbrennen der Flüssigkeit ein Geräusch auftritt, erklärt der Sachverständiger, daß nur ein leicheres Geräusch zu bemerken ist.

Was: Ihre Auffassung ist also Arbeitsamt?

Annett Dimitroff: Wenn ich Ihren interessanten Vortrag richtig verstanden habe, dann komme ich zu der Schlußfolgerung, daß nur Leute mit genauen Kenntnissen die Brandstiftung sein können.

Sachverständiger: Arbeiter, die in der chemischen Industrie tätig sind, Studenten an Laboratorien, Apotheker usw. wissen vielleicht darüber. Die Vereinfachung der Angelegenheit kenne ich nicht.

Dr. Wagners Ansicht

Vorher hatte Branddirektor Dr.-Ing. Wagner als zweiter Sachverständiger ein ausführliches Gutachten abgegeben. Nach einer Schilderung der angefallenen Verbrennungsvorgänge, bei denen sich gezeigt hat, daß nur die Stühle des Plensarsaals der neuen Bauart mit Rohlfangbeleg ebenfalls durch Rohlfangpapier hätten in Brand gesetzt werden können, führte Dr. Wagner die Faktoren auf, die zur Ausbreitung eines Brandes notwendig sind:

Erstens die Zündflüssigkeit, zweitens eine gewisse Vorkörnung der Stoffe, die eine Zündung zur Folge hat, da je ein Stoff selber brennt, sondern nur die aus ihm entstehenden Gase. Zum Abstreifen des Fettschmelzes sind gewisse Zündmittel des ersten Primärzündens, die das zu entzündende Material auf eine Temperatur bringt, die über die Brandgrenze frei werden. Ferner ist notwendig, daß in der Nähe des entzündenden Stoffes weitere brennbare Stoffe liegen, auf die unmittelbar ein Feuer übergehen kann. Beim Brandausbruch vom Tisch ist das Bedenken, greifen des Fettschmelzes, wenn das brennende Öl, das genügend Sauerstoff ausstrahlt und wenn die Räume nicht übermäßig groß sind. Ein letzter Faktor ist schließlich die Gauerlöschung. Die Zündflüssigkeit war vorhanden. Günstig für die Brandentwicklung war die große Gauerlöschung. Benigne günstig war die Lage bezüglich der Stellung der stehenden Bäume. Wenig günstig auch die Möglichkeit des Feuererlöschens, weil die Abstände der auf sich schwer brennbaren Eichenmöbel zu vermindern. Ganz ungünstig waren die Verhältnisse hinsichtlich der Intensität der angelegten Brandstiftung, die Rohlfanganzünder oder Zappeln. Ungünstig war auch die Bedingung für die Entwicklung von Brandföhren. Bei Eichenmöbeln und Leder fehlte dieser Faktor fast ganz, beim Rohlfänger war es etwas günstiger, aber die Rohlfängerbeleg befanden sich ja nicht in größerer Zahl an der ersten Brandstelle. Der Tisch, Strichmisch und Stuhl bei ihren ersten Beobachtungen sein Rohlfänger oder Knattern gehört haben, denn das Holz unmittelbar zu ihrer Zeit gebrannt haben, denn Eichenholz brennt mit lautem Knattern, das manchmal mit Klirren wie Eisenflüssigkeit.

Was sagt man über Beobachtungen? Da kein Wunder und unnatürliche Erscheinungen in Frage kommen, kann der Vorgang nicht so gewesen sein, wie von der Lubbe sich angibt, unter der Voraussetzung, daß die Gegenstände flammen, an denen zu zweit im ersten Anlauf vorliegt. Sondern falls man das Feuer den von den Frauen geführten Handlung angenommen haben, so daß die gewöhnlichen Verhältnisse im Plensarsaal geändert worden sind. Hier bringt sich die Frage auf: Kann eine Person allein in der fraglichen Zeit von 15 Minuten oder für den Plensarsaal von 2-3 Minuten die Verhältnisse in der erforderlichen Weise geändert haben. Diese Frage muß ich verneinen. Zur Veränderung der Verhältnisse war entweder eine längere Zeit erforderlich oder eine Unterbringung von mehreren Personen oder wahrlich beide. Sollte der Täter eine Krante gemeldet, dann hätte sofort nach der Entzündung ein Großfeuer, ein Brandkomplex von 30 bis 50 Quadratmetern entstehen müssen, der heftig in ausbreitender Form abgebrannt hätte. Das dies nicht der Fall war, liegt ich mich zu der Schlußfolgerung, daß einfach Plensarsaal ausgefallen wurde, nicht verstehen. Dasselbe gilt für Janssch, das heißt mit Stühlchen gebrannt hätte und sehr schnell abgebrannt hätte, so daß nach wenigen Minuten nur noch die Stühle hätten brennen können. Hieraus folgt mit Benutzung, daß Stoffe verwendet sein müssen, die anders gemischt haben, wie die, die ich nicht angeben.

Es ist denkbar, daß Stoffe im Saal verstreut waren, die bei Zündung unmittelbar geringere Feuererlöschung auslösten, oder auch Feuerlöscher, wie Rohlfängerbeleg oder Jansschbrennen in Verbindung gebracht wurden, so daß von einem gewissen Zeitpunkt ab schließlich eine Verbreitung über den ganzen Fußboden Platz greifen konnte. Oder es muß sich um eine Flüssigkeit gehandelt haben, die sich nicht so leicht entzündet hat, wie die, die der Betreffende nicht Gefahr lief, sofort oder kurze Zeit nach dem Ausgehen in Lebensgefahr zu kommen.

★

Die Verhandlungen wird dann auf Dienstag vertagt.

MacDonald an Deutschland

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 23. Oktober

Vierminnisterrat MacDonald hat heute abend in einer Wahlversammlung von Crawley eine große politische Rede gehalten, die um so bedeutungsvoller ist, als MacDonald, der sich bisher noch in seiner Weise über das neue Deutschland äußerte, sich Schwiegen geist hat. MacDonald erklärte, daß er auf tiefe die Ereignisse bedauere, die sich vor kurzem in Genf ereignet hätten. Man hört jetzt viel von getrockneten Versprechungen reden; viel über unser England Haltung zu Deutschland seit Verfallens gesprochen. England aber habe sich wieder und wieder als der beste Freund Deutschlands erwiesen und habe ihm immer beigegeben. England habe immer versucht, für Deutschland die Gleichberechtigung zu erwirken.

So lange Europa nicht Frieden herrscht, bis nicht jede europäische Nation gleichberechtigt am selben Tisch sitze. England lie den Versuchen, das neue Deutschland zu bestrafen, daß es zur Gleichberechtigung Deutschlands und zur Befriedigung Europas führen würde. England könne Deutschland ohne Schwärze ins Licht stellen. Alle Nationen müßten ihren Teil zur Lösung des Weltfriedensproblems beitragen, das auch gehört, die Angst der Nachbarn zu befriedigen. Es sei zwecklos, zu versuchen, in freundschaftlichen Beziehungen zu den anderen Nationen zu bleiben, so lange eine Nation nicht die Verbandsgründe seiner Nachbarn nicht hinsichtlich gemacht habe. Die Nationen Europas müßten eine wohlhabend nachbarliche Öffnung zeigen. Das sei das Problem, das es im Augenblick zu lösen gelte.

Es handelt sich nicht nur um die Frage der Gleichberechtigung. Deutschland wird niemals gegen so große Widerstände zu kämpfen gehabt haben, wenn es gewollt gewesen wäre, seinen Teil zu tun. Alle Befürchtungen seien laut geworden und Zweifel entstanden. Die Gleichberechtigung sei das Hindernis gewesen, Deutschland die Gleichberechtigung zu gewähren. Damals aber seien diese Besenke sehr viel kleiner gewesen als heute. Deutschland müsse es für andere Nationen möglich machen, sein Nachbar zu sein, ohne Furcht im Herzen und Mühsal. 38

Deutschland mitleidig aufzusehen, weil es sich selbst zurechtfinden, es ist das Seine getan hat, um die Anerkennung des Gleichberechtigungsprinzips möglich zu machen? Deutschland muß zu dem Gefühl der Einheit unter den Nationen in jedem Abwicklungsprogramm beitragen.

Die englische Regierung wird sich zu dem Programm, das in einem anderen Artikel veröffentlicht wurde, durchzuführen nicht aufgeben. Es muß ein internationales Programm sein und auf Zusammenarbeit zwischen allen Völkern beruhen. Das ist die Politik, die wir verfolgen, und wir werden einen Meinungs-austausch über die Fragen der Abrüstung mit allen Nationen, Deutschland inbegriffen, aufnehmen. Ich möchte Deutschland fragen, ob es glaubt, daß es das letzte Wort gesagt hat? Glaubt es, daß es durch sein Vorgehen eine Gelegenheit gegeben hat, das zu tun was, wie ich bestimmt weiß, ein großer Teil von Europa für ganz nützlich würde, nämlich die Bedingungen heranzuführen, die Deutschland das Gefühl der Gleichberechtigung geben können?

Ich akzeptiere die Erklärung des deutschen Kanzlers: „Es liege uns das Friedens willen“. Aber beliebt zu sehen und den Rest Europas und mehr noch den Rest der Welt sich selbst zu überlassen, um mit diesem Problem fertig zu werden, ist nicht der Weg, Europa den Frieden zu bringen. Zu hoffen, daß jede Gelegenheit, ja, daß die allererste Gelegenheit, die sich nur bietet, von Deutschland ergriffen werden wird, um durch Europa seine friedliche Öffnung zu zeigen und darzutun, daß es bereit ist, mit den übrigen Völkern Europas, zusammenzutreten, ist das dabei das Gefühl der Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung haben kann.

Große öffentliche Bauten

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WEIMAR, 23. Oktober

Mit Genehmigung des Reichsregalens wird in Weimar eine Reihe großer Erhaltungsbauten in Angriff genommen werden. Es handelt sich dabei um den Bau eines Ministeriums, der Reichsstatistik und der Gabelung der Reichsbahn. Es ist auch ein Erweiterungsbau des Goethehauses vorgesehen. Die Grundsteinlegung soll im Frühjahr 1934 in Anwesenheit des Reichsregalens erfolgen.

Die Parole des 12. November

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

HANNOVER, 23. Oktober
Die Handwerkerode in Hannover wurde am Sonntag mit einem eindrucksvollen Generalaufruf abgeschlossen. Rittmeister Ernst Ipsen in seiner Rede zunächst über die historische Bedeutung des Versammlungsortes, des Westphalens. Am 2. August 1914 trug von hier Friedrich Schiller in die Freiheit ein. Heute marschieren an dieser bedeutungsvollen Stätte wieder Hunderttausende in den Kampf für den Frieden. Dieser erste große Aufmarsch des nordwestdeutschen Hanovers zugleich auch eine erste große Kundgebung für den Willensatz des 12. November werden. Am 12. November trete das geladene deutsche Volk an, um Feindschaft abzuliegen gegenüber der Welt, das es nicht bereit ist, die Fahne der nationalen Revolution wieder herunterzulassen. Aus der Tiefe der nationalen Tugenden habe sich in der Seele eines einfachen Arbeiters und Soldaten der Wille gebildet, an Stelle der überlebten Form eines liberalistischen Systems einen Staat aufzubauen, der Bürger und Proletariat zu wirklichen Volksgenossen mache. Zu der Unterstellung, als ob Deutschland zum Siege rufe, erklärte Minister Schäfer: „Eine Bewegung, die ganz aus wässrigen Gedanken herausgewaschen ist, hält es für das größte Verbrechen, wenn man aus zweifeln, außerdem noch fragwürdigen Sieges willen das beste Blut der Nation auf den Schlachtfeldern vergossen wird.“

Nur ein Wahlvorschlag

Der Kanzler an der Spitze

Die Vorbereitungen für die Aufstellung der Wahlvorschläge für die Reichstagswahl vom 12. November sind bereits soweit gediehen, daß die endgültige Bekanntgabe für Mitte dieser Woche erwartet werden kann. Diese Bekanntgabe ist aus deshalben notwendig, weil nach den bestehenden Gesetzesbestimmungen, die in diesem Gesetz enthalten sind, die Wahlvorschläge bis zum 26. Oktober und die Wahlvorschläge bis zum 29. Oktober eingereicht sein müssen. Es scheint bereits feststehen, daß in sämtlichen 36 Wahlkreise eine Einheitsliste aufgestellt wird, geführt von zehn Persönlichkeiten mit dem Kanzler an der Spitze. Diese zehn Namen werden die einzigen sein, die auf dem Stimmzettel abgedruckt sind. Es ist auch ein einziger Wahlvorschlagsvorschlag beabsichtigt. Von besonderem Interesse wird sein, inwieweit Vertreter früherer Parteien von den Nationalsozialisten in den neuen Reichstagen mitgenommen werden. Das gilt besonders hinsichtlich der ehemaligen Zentrumspartei. Die Verhandlungen wegen Ueberleitung eines Teiles der Zentrumsmitglieder in das Sozialisten-Verhältnis bei den Nationalsozialisten waren zum Zeitpunkt der Parlamentsauflösung nahezu abgeschlossen. Als hier wahlgesetzlich wird bereits jetzt beigegeben, daß unter den auf der Liste erscheinenden zehn Kandidaten-Namen sich auch die Namen des Sozialisten v. Papen und des Reichsratsministers Franz Seidler befinden. Doch muß die endgültige Entscheidung über die Einheitsliste abgewartet werden.

Das Festprogramm für den 9. November

MÜNCHEN, 23. Oktober
In einer Besprechungsbesprechung haben der stellvertretende Gauleiter Rippold und Gauleitersgehilfe Weber mit den Reichsführern über die Veranstaltungen am 9. November. Schon seit Wochen wird an der Vorbereitung des Programms gearbeitet, das in großen Zügen nunmehr feststeht. Die Straßen, auf denen die Kämpfer der deutschen Freiheitsbewegung im Jahre 1923 vom Bürgerbräuereiter zur Feldherrnhalle zogen, werden einheitliche Ausschmückung erhalten. Den Mittelpunkt der Veranstaltungen bildet die Einweihung des Mahnmals in der Feldherrnhalle.

Es werden die meisten alten Kämpfer der Bewegung nach München kommen. Am 8. November findet im Ständehaus die 3. Sitzung des ersten Reichstagskongresses der NSDAP, eine Zusammenkunft aller ältesten Kämpfer der Bewegung statt. Ferner treffen sich in Bürgerbräuereiter die Kämpfer von 1923. An beiden Festen wird der Führer Adolf Hitler sprechen. Am 11. Uhr nachts findet ein Festgong der gesamten Münchner NSDAP. Am 12. Uhr werden Gauaufsätze im Anbruch des 9. November eingeleitet. Vormittags werden sich die alten Kämpfer der Bewegung beim Bürgerbräuereiter aufstellen und unter Hingeben des Liedes an die Feldherrnhalle ziehen. In der Spitze wird Reichsführer Adolf Hitler gehen. Die Feldherrnhalle werden die 186. Standard-Abteilung nehmen. Am Anschluß hieran findet die Weihe des Mahnmals durch den Führer statt, der eine Rede über künftige deutsche Sender halten wird.

Schließlich erfolgt ein Vorbemerkend der NSDAP vom Reichstagsplatz. Auf dem Ringplatz findet eine Vereidigung der gesamten bayerischen Landespolitik statt. Auf München hinaus erfolgt die Vereidigung der bayerischen Bürgermeister. In den alten Sturmrollen Münchens werden die alten Kämpfer Freiheitskämpfern abhalten. Die Feste werden festlichen Schmuck erhalten.

Otto Dietrich im Deutschlandsender

Im Deutschlandsender liest der Reichspressechef der NSDAP und Führer des Reichsverbandes der Deutschen Presse Dr. Otto Dietrich aus seinem Buch: „Mit Siller an die Macht“, am Dienstag, dem 24. Oktober, um 18.00 Uhr.

Der Weg nach Palästina

Von den 5500 durch das Britische Oberkommando für Palästina erteilten Einwanderungsgenehmigungen bestimmte die „Jüdische Agentur“, das Zentralinstitut für die Einwanderung in Palästina, rund 900 für mittellose deutsche Juden.

Vertagung der Abrüstungskonferenz?

Die deutsche Volksabstimmung als Vorwand

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 23. Oktober
In Genf beschäftigt man sich gegenwärtig lebhaft mit den Verhandlungen und Aussichten der für Mittwoch angesehnen Tagung des Büros der Abrüstungskonferenz und des zum Donnerstag einberufenen Hauptausschusses. Trotz der entgegengelegten Tendenzen im Völkerbundsekretariat und den Bemühungen des Konferenzpräsidenten Henderson, rechnet man damit, daß die Abrüstungskonferenz vorläufig vertagt werden. Man fragt sich nur, wer den Vertagungsantrag einbringen wird, da niemand die Verantwortung auf sich nehmen möchte. Die Großmächte sind ganz ausnahmslos für eine Vertagung, doch geben das nur die Italiener offen zu, während England und Frankreich zum ebenfalls durchweg dem Gedanken einer Vertagung zustimmen, aber keinen betriebligen Vorstoß machen wollen.

Zumehr nennt man schon jetzt verschiedene Gründe, die eine Vertagung rechtfertigen sollen. So erklärt man, das Resultat der deutschen Volksabstimmung und der deutschen Reichstagswahlen abwarten zu wollen und weist darauf hin, daß in Frankreich möglicherweise ein Sturz des Kabinetts Daladier erfolgt, den Franzosen nicht gut nicht unvorteilhaft kommen würde, da Frankreich sich in einer solchen Lage, ohne sich mit der ganzen Verantwortung zu belasten, an der Konferenz desinteressierter könne. Man nimmt deshalb an, daß das Büro dem Hauptausschuß eine Vertagung für mehrere Wochen vorschlagen wird.

Der amerikanische Sonderbotschafter Norman Davis soll schon den Auftrag haben, in nächster Zeit nach Amerika zurückzukehren, was ebenfalls darauf schließen läßt, daß in Amerika vorteilhaft nicht mit der Weiterführung der Abrüstungsarbeit ge-

rechnet wird. Die Amerikaner sollen auf dem Standpunkt stehen, daß, wie auch Norman Davis Erklärung vor der Presse andeutete, „vorläufige die europäischen Interessen der Abrüstungskonferenz vorrangig werden müssen, die Amerika sich an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz weiter beteiligen kann“.

Doch der englische Außenminister Sir John Simon nicht zur Tagung der Büros nach Genf kommen wird, läßt ebenfalls darauf schließen, daß England in einer Vertagung rechnet. Immerhin sind auch hier Ueberlegungen nicht ausgeschlossen, da, wie wir es schon einmal erlebt haben, in einer Sitzung, die eine Vertagung der Konferenz beschließen soll, auf Antrag irgendeines Heinen Landes die Weiterführung der Debatte beschlossen werden kann. Es ist deshalb nicht unmöglich, daß sich am 26. Oktober der Vorgang vom 27. März, den wir eben meinten, wiederholt.

Ein Vorschlag Hendersons

LONDON, 23. Oktober

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, erklärt in einer Unterredung mit dem Genfer Berichterstatter des „Exchange Telegraph“, daß entgegen anders lautenden Gerüchten das Büro der Abrüstungskonferenz, wie beabsichtigt, am Mittwoch, und dem Hauptausschuß am Donnerstag zusammenkommen werde. Er bestreitet die sofortige Einleitung eines Redaktionsausschusses vorschlagen, um den MacDonald-Plan entsprechend der zwischen England, Frankreich, Italien und Amerika erreichten Vereinbarung abzuändern. Dieser Redaktionsausschuß würde sofort mit seinen Arbeiten beginnen, und der Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz würde wahrscheinlich nicht vor Beginn des neuen Jahres festgelegt werden. In der Zwischenzeit würden die Arbeiten des Redaktionsausschusses gehalten, daß Verhandlungen mit Deutschland durchgeführt werden.

Simon geht nicht nach Genf

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 23. Oktober

Das englische Kabinett ist heute nachmittag zu einer 1½ Stunde währenden Sitzung zusammengetreten. Ein offizielles Communiqué wurde nicht herausgegeben. Neben den alten außenpolitischen Fragen hat sich das Kabinett außerdem mit den Vorschlägen, in erster Linie dem neuen Arbeitslosenversicherungsgesetz, beschäftigt, über die das Parlament nach seinem Zusammentritt im November beraten wird.

Der Außenminister Sir John Simon wird an der allwöchentlichen Mittwochsberatung des Kabinetts ebenfalls teilnehmen und daher in der Vorführung am Mittwoch und der Donnerstag stattfindenden Vollziehung der Abrüstungskonferenz nicht anwesend sein. Statt jener wird Unterstaatssekretär Eden nach Genf reisen.

Graf Bethlen in London

Der frühere ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen tritt in den nächsten Tagen in London ein. Der offizielle Anlaß seiner Reise ist eine Einladung zu politischen Vorträgen über das mitteleuropäische Problem. Das Londoner Abendblatt, der „Evening Standard“, vermisst jedoch, daß Bethlen in geeigneter Mission nach London kommt, um dort Verhandlungen über ein etwaige Revision des Trianon-Friedensvertrages anzubahnen.

Japans U.S.M.-Botschafter zur Berichterstattung abberufen

LONDON, 23. Oktober

Wie Reuters aus Washington meldet, hat der japanische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Debuschi, Befehl erhalten, sich möglichst umgehend nach Japan zur Berichterstattung über die japanisch-amerikanischen Beziehungen zu begeben. Man hält es für unvorteilhaft, daß Debuschi nach Washington zurückbleibe. Er wird voraussichtlich Mitte November die Vereinigten Staaten verlassen.

Roosevelt verhandelt selbst mit Litwinow

WASHINGTON, 23. Oktober

Entsprechend dem Grundsatze des Präsidenten Roosevelt, die amerikanische Außenpolitik selbst zu bestimmen, und dem Staatsdepartement lediglich die Ausführung der von ihm beschlossenen Pläne zu überlassen, wird Roosevelt die Verhandlungen mit Litwinoff allein führen. Er wird lediglich unterrichtet werden durch einige Staatssekretäre des Außen-, des Handels- und des Schatzamtes, die ihm die notwendigen lästlichen Unterlagen geben für die Klärung der wichtigsten einer Klärung der nach Kriegsanforderungen Americas an Ausland sowie zur Gewährung von Krediten an amerikanische Exporteure für das Auslandsgeschäft.

Unter diesen Umständen ist die Anwesenheit des Staatssekretärs des Auenens Hull nicht unbedingt erforderlich. Hull plant daher, seine Reise nach Montenegro zu pausieren, um sich in London an der Konferenz am 5. November anzuketten, sowie die Zeit und Möglichkeit zu freundschaftlichen Besuchen in den hibernischen Hauptstädten zu benutzen, soweit diese sich in der Nähe

des Schiffsfahrweges befinden. Für die Kontrolle wird Befehl in Genf erteilt, und die Besuche in Genf und die Fahrt über Land nach Buenos Aires und Montevideo. Auf der Rückreise ist dann ein Besuch der Hauptstädte der Ostküste vorgesehen.

Russischer Besuch in Ankara

MOSKAU, 23. Oktober

Die am offiziellen Besuch Ankara von der Sowjetregierung erwandte Delegation ist wohl schließlich an der Spitze reiste heute von hier ab. Der Besuch erfolgt offiziell erst am 29. Oktober stattfinden. Der Besuch erfolgt offiziell erst am 29. Oktober stattfinden. Der Besuch erfolgt offiziell erst am 29. Oktober stattfinden. Der Besuch erfolgt offiziell erst am 29. Oktober stattfinden.

„Deutscher Tag“ in New York verboten

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 23. Oktober

Bürgermeister O'Brien verbot die lange geplante und für den 29. Oktober angelegte 250-Jahrfeier der Deutschen Gesellschaften. Weil polemischen Anlässen gegen die Reichsregierung begehrt er in einem Brief an den Postler Poppe das Verbot. Erstens hätten ihm Deutschamerikaner versichert, daß die Veranstaltung zur Propaganda der deutschen Völkervereinigung nicht zweifeln würde, zweitens hätten ihm jüdische Streikteilnehmer vorbestimmt zu erwartenden Zusammenkünften gemahnt, und drittens sei ihm mitgeteilt worden, daß die Veranstalter 400 Mann Gewalttätigkeiten begehen würden, weil sie Götzenvereine waren.

O'Briens Vorgehen findet in liberalen und auch jüdischen Kreisen scharfe Ablehnung, da es eine flagrannte Verletzung verfassungsmäßiger Rechte darstelle. O'Briens konnte, so wird geltend gemacht, die Polizei und selbst Zensur aufheben, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Aber er dürfe die Rede- und Versammlungsfreiheit der amerikanischen Bürger nicht beschränken. Später dem Verbot stehen jüdische Streikvereine und aus den Deutschen Gesellschaften zusammenschlossene deutsch-jüdische Gruppen. Für die prägenzlose Aufhebung O'Briens kann mitgeteilt haben, daß er sich durch das Verbot die jüdischen Wählerstimmen erhalten wird, um vielleicht doch noch das hoffnungsvolle Rennen gegen De Guazbia oder Mac Kee bei den im November stattfindenden Bürgermeisterwahlen zu gewinnen.

Deutsche Gewerkschaftsfront an der Saar

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

SAARBRÜCKEN, 23. Oktober

Nachdem die politischen Parteien des Saargebietes zur Deutschen Front sich zusammenschließen haben, sind nun auch die Gewerkschaften zu einer Zusammenfassung übergegangen. Der einheitliche Grund hierfür ist der Wunsch nach der bedingungslosen Rückgliederung des Saargebietes. Die Besprechungen der letzten Zeit haben dazu geführt, daß die deutsch-nationales Arbeitergewerkschaften, der DGB mit den übrigen Verbänden des Oberlandes unter den deutschen Ansehlern, die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter und die Völkervereinigungsgewerkschaften sich zur Deutschen Gewerkschaftsfront zusammengeschlossen haben. Die Gewerkschaftsfront ist der Vorsitzende der Gewerkschaften der Saar. Stellvertreter ist der Geschäftsführer des DGB.

Lagerleben in Ostpreußen

Unser Sch. Pf.-Redaktionsmitglied hat in den Nummern 614, 477, 479 der „Vossischen Zeitung“ seine Reise-Eindrücke aus Ostpreußen geschildert. Im folgenden wird gezeigt, wie für diejenigen Arbeit geschehen wurde, die nicht zusätzlich in der Landwirtschaft beschäftigt werden konnten. Teils fanden sie beim Freiwilligen Arbeitsdienst, teils

im schulenden Landdienst, teils bei Notstandsarbeiten, teils als Landhelfer Unterkunft. Dies verschiedene Formen der Arbeitsbeschaffung, die für die moderne Sozialpolitik sehr bedeutsam geworden sind, werden aus der in Ostpreußen gewonnenen Anschauung in ihrer besonderen Eigenart und Vielgestaltigkeit geschildert.

53 000 Notstandsarbeiter

Obst man von dieser Zahl aus, die Ende September in der Provinz erreicht wurde, dann kann man ermeinen, welche ungeheuren Anstrengungen gemacht worden sind, zumal der Großteil dieser Arbeiter in Lagern, also fern von ihren Angehörigen und herangezogen aus ihren bisherigen sozialen Verhältnissen, lebt. Man sieht daraus, daß das Lagerleben im sozialen Aufbau der Provinz bereits eine große Rolle spielt. Für alle diejenigen Arbeitslosen, die nicht zufällig in der Landwirtschaft untergebracht werden konnten, und auch diejenigen, die während der Wintermonate nicht in der Landwirtschaft gehalten werden können, sind Arbeitsplätze in einem Lager geschaffen worden.

Der Freiwillige Arbeitsdienst

Was die verschiedenen Organisationsformen des Lagerlebens betrifft, so ist der Freiwillige Arbeitsdienst in Ostpreußen in der weitesten Form und in den verschiedensten Provinzen des Reiches aufgebaut. Für Ostpreußen ist nur besonders bemerkenswert, daß die gesamten jüngeren Arbeitslosen bis zu fünfzehnjährigen Jahren fast vollständig von ihm erfaßt worden sind, sowohl Männer wie Frauen. Der freiwillige Arbeitsdienst betätigt sich nicht in Ostpreußen im wesentlichen mit Bodenverbesserungsarbeiten, Waldarbeiten und Straßenbau, aber man hatte ihn auch ausnahmenseitig bei der Ernte eingesetzt. Die Entlohnung ist dieselbe wie überall, also 20 Pfennige pro Tag und freie Unterkunft, Verpflegung und Kleidung. Es kommt beim Arbeitsdienst ja nicht allein auf die Arbeitsleistung an, vielmehr sollen im Lager die jungen Menschen zu fleißigen und ordentlichen Arbeitern und Menschen erzogen werden. Er will die heranwachsende bisher größtenteils arbeitslose Jugend von der Straße hinwegnehmen und sie so vor fälschlicher und sozialer Verwahrlosung schützen. Auf die Erziehung, auch durch Fortbildung und geeignete Unterhaltung wird dabei großer Wert gelegt.

Die Arbeitsdienstage in Lager sind nicht alle gleich. Ihre Unterbringung ist recht verschieden; es gibt gute und schlechte Unterkunftsräume, saubere und weniger ordentliche Lager, aber überall ist doch das Bestreben zu erkennen, sich so gut wie möglich einzurichten. Vieles ist noch improvisiert und wird wohl auch so bleiben müssen, denn die Mittel, die für die Lager zur Verfügung stehen, sind recht gering. Alles hängt von dem erfindungsreichen Talent des Lagerleiters und der Lagerinsassen ab. Mit geringen Mitteln läßt sich vieles machen. Einige Land- und Stadtlager haben bereits beschaffen, für den Ausbau der in ihrem Bezirk gelegenen Lager Mittel herangezogen, um die Unterbringung und Verpflegung der Insassen möglichst gut zu gestalten — haben diese Gemeinden doch von den Arbeitsleistungen der Lager recht erhebliche Vorteile, vielleicht nicht immer von heute auf morgen, aber doch für die Zukunft. Ein großer Teil der Lager wird allerdings wegen des Mangel der Arbeitsstellen immer wieder neu eingerichtet werden müssen, aber auch es wohl in der Provinz in allen Gegenden und wohl in der Mehrzahl der Gemeinden feste Arbeitslager geben, die, wenn in der Nähe irgendwelcher für den Arbeitsdienst geeignete Arbeitsmöglichkeiten aufstehen, immer wieder bezogen werden können.

Der Ostpreussische Landdienst

Mit dem freiwilligen Arbeitsdienst verbandet, aber doch etwas Besonderes, ist der Ostpreussische Landdienst. In ihm werden, in der Lager zusammengefaßt, junge Männer und Mädchen beschäftigt, die mit den ostpreussischen Verhältnissen besonders vertraut gemacht werden sollen, um später als Industriearbeiter und Kleinbauern in Ostpreußen angestellt zu werden. Oberpräsident Koch will bekanntlich anderthalb Millionen Menschen in Ostpreußen neu anstellen, entweder als Industriearbeiter für die neu zu errichtenden großen Industrieunternehmungen oder als Bauern. Auch der Industriearbeiter soll sein eigenes Säusend, Garten und Feld haben, so daß er in Krisenzeiten in der Lage ist, sich mit Hilfe seiner kleinen Landwirtschaft durchzuhelfen. Soll dieses Programm überhaupt in Ostpreußen möglich sein, dann müssen noch Menschen haben, die bereits die besten landwirtschaftlichen Kenntnisse Ostpreußens kennen und sich hier schon bemüht haben. Der Ostpreussische Landdienst hat nun die große Aufgabe, unter den vielen jungen Menschen, die aus dem übrigen Reich nach Ostpreußen geschickt werden, diejenigen herauszufinden, die geeignet und willens sind, sich hier eine Existenz zu gründen. Dabei hat der Landdienst große erzieherische Aufgaben zu erfüllen: gründliche Ausbildung für alle die Arbeiter, die in der ostpreussischen Landwirtschaft aufgenommen und Anleitung für die spätere eigene Bionterarbeit, die beim Aufbau Ostpreußens zu leisten ist. So zusammen mit in jeder Richtung große Ansprüche an die körperlichen, geistigen und moralischen Kräfte aller dieser Helfer, die sich hier eine neue Existenz schaffen wollen. Nicht jeder wird diese Eigenschaften haben, und nur die Besten werden es schaffen. Nur bei ihnen werden die großen handlichen Geber, die man in den Aufbau Ostpreußens hineinleiten muß, gut angelegt sein.

Notstandsarbeiter in Kameradschaftslagern

Hier sind die Königsberger oder Elbinger Arbeitsmänner untergebracht. Es sind ältere Leute, größtenteils berufstätige Industriearbeiter, die zu einem

Stundenlohn von 40 Pfennigen beschäftigt werden und dazu noch wöchentlich 3 Mark Verpflegungsgehalt erhalten. Sie verdienen 19,20 Mark in der Woche plus 3 Mark Verpflegungsgehalt, also 22,20 Mark, moon sie nach Einbehaltung der gesetzlichen Abzüge 17 Mark ausgezahlt erhalten. Von ihnen sollen je 15 Mark an die Frau noch Sozialversicherungen, 2 Mark können sie für sich behalten. Die Ehefrauen erhalten noch in ihrem Heimatort für sich und ihre Kinder 3 Gulden, die sie sich zum Arbeitsamt ihres Heimatorts abholen und die 1 bis 6 Mark pro Woche betragen, je nach der Größe der Familie. Der Arbeitsmann erhält alle vierzehn Tage über Sonntag drei Tage Urlaub und kann für 2 Mark durch die ganze Provinz hin- und zurückfahren. Die Reichsbahn gesteht dabei ganz besonderes Entgegenkommen und befördert diese Leute zu fast ermäßigten Sätzen.

Die Arbeitslager dieser Industrie-Arbeiter, die an sich nicht die schweren Erdbarbeiten und die händige Beschäftigung im Freien gewohnt sind, sollen indeed auf Unterbringung und Verpflegung besonders gut sein, handelt es sich doch zum Teil um ältere Leute, die aus ihrer Familie herausgerissen sind und denen daher der Aufenthalt in diesen Lagern zum Teil recht schwer antun könnte. Unterhaltungsmaßnahmen sind nicht gering, denn die Mehrzahl dieser Arbeiter wird sich wohl längere Zeit in ihnen aufhalten müssen, da die Aussichten nicht groß sind, je in nächster Zeit wieder in den Fabriken ihres Heimatorts beschäftigt zu können. Für sie ist das Lager nicht ein vorübergehender Aufenthalt, wie etwa beim freiwilligen Arbeitsdienst, mo man die jungen Menschen nach Ablauf einer bestimmten Zeit, meist nach einem halben Jahr, wieder in ihre Familien zurückführen will. Die Arbeiter werden hier darauf gerichtet sein müssen, die Beschäftigung in diesen Lagern so gut wie nur irgend möglich zu gestalten. Leider ist auch hierfür die Mittel recht gering, aber durch Spenden und freiwillige Gaben aller Art kann man das Leben dieser Menschen doch in vieler Hinsicht erleichtern und verbessern.

Erfreut man die Lager so beschaffen sind, daß sich die Verloftig wohl fühlt, werden diese Einrichtungen sich gewiß bei vielen, die sonst keine Existenz haben, allgemeiner Beliebtheit erfreuen. Es können eine Heimstätte für die vielen werden, die die suchbare Straße entzweitelt hat und für die es auch so bald keinen Weg zu einer normalen Beschäftigung im freien Arbeitsvertrag gibt. Erst wenn der Arbeiter in der Lage zu sein, wie er beschließt ist, in Gang kommt und das große Siedlungsprogramm verwirklicht wird, dann werden auch diese Lager ihre Tore öffnen und ihre Beschäftigten werden wieder als freie Arbeiter ihr Unterkommen finden. Das Lager soll je in den gegenwärtigen schwierigen Zeiten pflichtig und moralisch held erhalten, sie vor Verwahrlosung schützen und einen Arbeitertamm erhalten, der jederzeit in der Lage ist, wieder höherwertige Arbeit zu verrichten.

Es gilt in den nächsten Monaten noch vieles zu verbessern. Die Unterkunftsräume sind zum Teil noch nicht ordnungsmäßig herbar; teilweise sind sie nur für den Sommer geeignet. Aber auch die Kleidung, die Bauernkleider und Eisenbahner als Unterkünfte verwendet. Teilweise sind je gut, aber in der Mehrzahl der Fälle noch recht primitiv. Es wird allerdings damit bald besser werden, zumal viele Gemeinden bereits mit dem Bau besonderer Unterkunftsräume für Arbeitslager begonnen haben, wobei die Fortverwaltungen in freigebiger Weise ungenügend Bauholz zur Verfügung stellen. So werden in kurzer Zeit in allen Teilen der Provinz Gebäude entstehen, die einen großen sozialen und volkswirtschaftlichen Zweck zu erfüllen haben, die dieselbe Bedeutung haben, wie andere öffentliche Anlagen, die der sozialen Wohlfahrt dienen. Werte regnet es zwar noch in manchen Lagern durch die Dede, in anderen sind die Fenster unruhig, an einer andern Stelle gießt es durch die Türen. Die Bettgelände sind noch aus rohen Holzbockern zusammengeklappt, immer zwei übereinander, so wie man das aus der Soldatenzeit her kennt. Ueberhaupt erinnert so vieles, was man hier in diesen Lagern antrifft, an das Quartier der Soldaten im Feld. Aus wenigen roten Brettern sind Bänke und Tische einfach zusammengeklappt, einige Latzen bilden das Gellend, an denen die Arbeiter hängen. An den Wänden sieht man große Kägel, an denen die Gießel trocken. Ein Strohdach dient als Lager und eine Dede zum Zubeden.

Im Winter

In den Sommermonaten ist dies alles erträglich, aber im Winter liegen die Dinge schwieriger. Hier ergreifen sich für die beteiligten Dienststellen Aufgaben von unerbittlicher Ausmaß. Manches ist bereits beschafft worden, aber es ist noch ein unendlich weiter und schwieriger Weg, bis diese meist völlig unzureichend gelieferten Menschen mit warmer Kleidung, mit Essen und Trinken, mit Betten und Schlafdecken und mit Unterkünften hergerichtet sind, daß sich der Ansiege an den langen ostpreussischen Wintermonaten, wenn draußen der Sturm heult, auch einigermaßen behaglich fühlt. Dazu gehört aber auch, daß für gute Unterhaltung georgt wird. Es wäre schon ein großer Fortschritt, könnte man für diese Lager einen Radio-Apparat beschaffen oder gute Bücher unterhaltender und belehrender Art zur Verfügung stellen. Man hat bereits einen Vortrags- und Schulungsdiens vor-gesehen, der, nicht er richtig betrieben, sehr segensreich wirken und auch der beruflichen Fortbildung dienen kann.

Die Landhelfer

Nun gibt es aber noch andere zufällig Beschäftigte, die Landhelfer und Landhelferinnen, die nicht in Lagern untergebracht sind, sondern in der Landwirtschaft helfen sollen, dabei aber keine vollständigen Landarbeiter sind. Derartige Landhelfer, der Landhelferinnen, erhält vom Arbeitsamt einen Zuschuß zu ihrer Unterbringung, Verpflegung und Bezahlung. Ihre Entlohnung ist verschieden, je nachdem mit welchen Arbeiten sie beschäftigt sind und was sie leisten. Der Landhelfer darf nicht in Wettbewerb zu dem im freien Arbeitsvertrag stehenden Arbeitnehmer treten. Sonst würde der billige Landhelfer in Verbindung mit dem handlichen Zuschuß den freien Arbeiter verdrängen. Aber daher Landhelfer haben mit, muß nachweisen, daß er sie nur als zufällige Arbeitsträger ihrer reinen normalen Bedarf hinaus verwendet und daß er freie Arbeitnehmer aus seinem Betrieb entlassen hat. Darauf wird von allen Dienststellen streng geachtet, damit nicht unzulässige Zustände eintreten, die den sozialen und wirtschaftlichen Frieden aus schwerer bedrohen würden.

Die ostpreussische Landwirtschaft hat von den Landhelfern reichlichen Gebrauch gemacht. Ende September waren in der Provinz 22 800 zu verzeichnen. Es können aus dem Bericht, aus dem folgenden Gegenden Sachdesen, zum Teil auch aus Thüringen und Süddeutschland. Im bäuerlichen Betrieb leben sie meist in einer häuslicher Gemeinschaft mit der bäuerlichen Familie. So Verhältnis zwischen den Landhelfern und ihren Arbeitgebern hängt ganz von den persönlichen Eigenschaften beider Teile ab. In vielen Fällen ist es recht gut, vor allem das, wo der Landhelfer die Landhelferinnen in die die beidernden Beziehungen des Betriebes und der Familie einpaßt, wo besonders gute Charaktereigenschaften vorhanden sind, und wo sich beide Teile Mühe geben, einander zu verstehen. Schon nach kurzer Zeit wurden junge Männer und Mädchen wie eigene Kinder in der Familie behandelt. Keiner ist es nicht immer so. Manche jungen Leute eignen sich nicht für Hilfsarbeiten in einer Landwirtschaft, zum Teil haben sie sich in anderen Berufen ausgebildet, vor allem das, wo durch den Arbeitslosigkeit und durch vernachlässigte Erziehung eine oft erfindende Berufswiederholung und Bernachlässigung festzuhalten war. Oft haben solche Elemente den Frieden eines stillen Dorfes getrübt. Hier haben die zufälligen Stellen, vor allem die Arbeitsämter, eine ganz besonders schwierige Aufgabe zu lösen, und die Behörden sind hier vor Fragen gestellt, die ihnen über ihre bisherigen Praxis nicht vorgekommen sind. Fast jeder Fall sieht anders, und immer wieder muß der Vorsitzende des Arbeitsamtes schlichtend, ermahnen und fördernd eingreifen, damit sich der Landhelfer wie der Landwirt miteinander abfinden.

Die Behörden sind betrebt, die Landhelfer solange wie möglich auf derselben Stelle zu halten, nur wenn es durchaus nicht geht, tauscht man aus, vermittelt sie in andere Stellen, wo sie sich besser einpassen, und mo die Arbeit nicht mehr gut geht, tauscht man auch dort, wenn es möglich ist, einen Ausweg zu schaffen, ist an sich nicht leicht, aber alle Behörden arbeiten unermüdet mit. Oft ist es mit diesem oder jenem Landhelfer überhaupt nicht, dann wird er entweder in ein Arbeitslager genommen, oder man überweist ihn wieder in einen heimatischen Arbeitsamt.

Der Gesamteindruck, den man von dem großen sozialen Hilfsversuch gewinnt, ist günstig. Sieht man von verschiedenen Mängelhaftigkeiten ab, die auch beim besten Willen alle beschaffen Stellen zunächst nicht gut zu vermeiden sind, so erkennt man doch überall eine warme Fürsorge für diese Menschen, die ein hartes Schicksal in diese Lager geführt hat. Man sieht, daß sie in ihrer Obhut sind, wenn man mit dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes durch das Land fährt und dabei ist, wie dieser Beamte unermüdetlich und selbstlos für jeden einzelnen fertig und ständig um das Wohl der ihm anvertrauten Leute bemüht ist. Es sind in Ostpreußen Zehntausende, denen man eine neue Heimat zu schaffen verliert hat. Alle diese Menschen sind nicht mehr aus dem sozialen Leben der Provinz fortzubringen, aber auch nicht mehr vor der deutschen Sozialpolitik überhaupt. Ramentlich das Arbeitslager ist zu einem großen und maßgebenden Faktor der neuen Sozialpolitik geworden, geboren aus dem Grundgedanken: nicht hilfloses Stempelngehen und Verkommen in resignierter Untätigkeit, sondern Arbeit für die Allgemeinheit.

Gesandt Dr. Rintelen nach Rom abgereist
Landeshauptmann Dr. Rintelen ist am Sonntag von Grog nach Rom abgereist, um dort seinen Vollen als Gesandter anzutreten.

Horzu zwei Beilagen

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. Gerhard Helm, Berlin, für den Anzeigen-Teil: Willy Bauer, Berlin. Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugsgeldes — Taglich 3 Pfennige. Einzelhefte 10 Pfennige. Abnehmer und Werbestellen: Die illustrierte Zeitschrift, — „Literarische Umschau“ — „Ruck und Wandlung“ — „Recht und Leben“ — Für Besendungen unverlangter Manuskripte Porto beifügen.
VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

Besuch im Arbeitsgericht

Ein gutes Zeichen der Zeit: Infolge Rückgangs der Arbeitslosigkeit konnten die bisher 48 Kammern des Arbeitsgerichts Berlin nunmehr auf 39 Kammern vermindert werden.

Im allgemeinen hat der Mensch dem Gericht gegenüber eine gewisse Scheu. Das Gericht versteht für ihn den Bescheid für Strafe, der strengen Gerechtigkeit, ja der Würdigung. Ein Gericht aber, das nicht strafen will, sondern möglichst verstehen, das nicht Sühne läßt, sondern Ausgleich, ist das Berliner Arbeitsgericht. In der Arbeitskammer in unmittelbarer Nähe des Reichstagsgebäudes erhebt sich der Bau, dort, wo sich die Aeren des modernen Lebens freuen, Diplomatenviertel, Getzungs-viertel, Geschäftsviertel der Friedrichshagen. Schon äußerlich trägt es ein anderes Gepräge als die meisten Justizbauten, es besitzt einen Hofplatz für kleine Bäume, ein Freizeitanlagen mit Tisch und Stühlen, und von den älteren Fahren, unter im Parkere gibt es eine sehr beliebte Beratungsstelle, die den Klagegängen über seine Angelegenheit auftritt, ihm mundvoll folgt die Klage anführt. 39 Kammern wurden in den letzten Jahren im Zuge der Wirtschaftskrise in der letzten Zeit, und es ist nicht der beste Beweis für die Befreiung des Arbeitsamtes, daß heute viele auf 220 Besucher ausgedehnten sind. Das der letzte Oberste des Arbeitsrechts Referentenangelegenheiten ausfindet, erhebt auch die Arbeitskammer, und es ist nicht der beste Beweis für die Befreiung des Arbeitsamtes, daß heute viele auf 220 Besucher ausgedehnten sind. Das der letzte Oberste des Arbeitsrechts Referentenangelegenheiten ausfindet, erhebt auch die Arbeitskammer, und es ist nicht der beste Beweis für die Befreiung des Arbeitsamtes, daß heute viele auf 220 Besucher ausgedehnten sind.

Alle Besuche, alle Gänge führen auf den Korridor des Arbeitsgerichts in dem Haupttrakt aufkommen, der Kopf und der Angehörige, der Richter und der Helfer, der Richter und sein Direktor, die Hausfrau und ihre Gehilfin. Das ganze menschliche Leben entrollt sich in Einzelheiten, man betätigt sich mühsam und voller Erleuchtung, aber — und das ist das Wichtigste — oft verfährt man sich wieder.

In Sachen: Minna . . .

Ein Teil der Tätigkeit des Arbeitsgerichts wird von der Belegung der Streitigkeiten im Haushalt in Anspruch genommen. Die Hausgehilfin ist die Hauptperson der vielen kleinen Streitigkeiten, die hier meist zu einem „Alappy“ kommen. Das ist Minna. Sie ist klein und rüchlich, der nähere Zutritt der Küche lehnt sie nie ein unzufriedene Frau zu empfangen. Minna und der mit ihr befreundete Herr sind nicht gleicher Meinung wie die Herrschaft über Ausgaben und Nachzahlung. Die Herrschaft drückt ihre abweichende Meinung durch fristlose Entlassung aus. Und so treten denn beide Parteien vor das Arbeitsgericht, beide von ihrem guten Recht überzeugt, beide vollkommen sicher, daß Richter und Besichtigende ihre Ansprüche anerkennen.

Ein solcher Fall macht der Kammer die Entscheidung besonders schwer, denn es soll ja nicht streng nach Paragraphen, sondern auch nach menschlichen und sozialen Maßstäben ein Urteil fällen; denn es ist nicht immer genau, daß Minna, mag sie nach den Vorschriften des Gesetzes unrecht habe, in ihrem Verhalten nicht. Es ist erkauflich, wie feindselig, wie unzufrieden sich „die Herrschaft“ vor dem Gericht erweist. Gerade der Fall der Hausgehilfin gewährt in die menschliche Seite Einblicke, die nachdrücklich machen und wenig erfreuen.

Der Arbeitnehmer

Einen beinahe traurigen Eindruck haben meist die Fälle aus dem Gewerbe. Hier muß der Richter viel Geduld und starke Fähigkeit zur Einfühlung aufbringen. Fontane hat einmal gesagt, daß in jedem Verfahren, besonders in jedem Berliner, ein Stück Menschlichkeit lebt, und auch im Gewerbe ist dies der Fall. Die Arbeit ist abhängig. Fast jeder aus dem Gewerbebereich, der vor das Arbeitsgericht tritt, ist in seinem tiefsten Wesen ehrlich und hat einen vollkommen klaren, geradezu unerschütterlichen Rechtsbewußtsein.

Maisowfi-Prozess

Bei Beginn der Rechtsanwaltsverhandlung im Maisowfi-Prozess verließ der Vorsteher des Gerichtsgebäude, daß der Sachverhalt antrat für die Angelegenheit. Herr Maisowfi lehnt wurde. Der Vorsteher fragte dann den Angeklagten Kurt Hoff, warum er am 30. Januar überhaupt geschossen habe.

Hoff: „Aus überhöhter Nervosität.“
Dann wurde der Härtendrucke des Hofe vernommen, denn die Härtendrucke und schwerer Kondemnierte vorgetragen worden. Er erklärte, daß er am 30. Januar in der Stellungnahme — welche gehörte der Härtendrucke. „Was soll“ — er — kurz vor dem Überfall der Kommunisten C a m einen Vortrag über die Lage gehalten habe und voraussetzte, daß die KPD und ihre Organisationen von der Regierung stiller werden würden. Er erklärte, daß er am 30. Januar den Vorlesungen der Mitglieder zusammenkommen. Am Ende der Stellungnahme ließ die Staatsanwaltschaft, daß der Zug der Nationalsozialisten von der Gatanstraße her im Anmarsch sei. In seiner weiteren Botschaft betont der Angeklagte Hoff, daß er jetzt keinen Schuß abgegeben hat, sondern die Kampfbefehle nur vom Säusler aus beobachtet habe.

Berlin nimmt weiter ab. Das Städtische Amt der Stadt Berlin gibt jetzt einen Überblick über die Bevölkerungsbewegung in der Reichshauptstadt bis zum Juli dieses Jahres. Danach hat Berlin in den ersten beiden Monaten 1933 um 40 400 Bürger abgenommen. Der Rückgang ist nicht ganz so groß wie im letzten Jahr 1932, denn damals betrug er 48 100. Allein im Juli 1933 hat Berlin um 9473 Bürger abgenommen. Insgesamt zogen im Juli d. J. 15 925 Menschen nach Berlin, 25 998 Personen wanderten ab. Den weitaus größten Verlust mußten dabei die weiblichen Bevölkerungsteile tragen mit 82 zum Sunday, während die männlichen Bevölkerungsteile nur einen Abgang von 17 363 Personen verzeichneten. Bevölkerungsmäßig günstig lag im Juli die

der sich immer in feiner Schicht deckt. Oft hat sich der Meister selbst aus einer schweren Jugend empork gearbeitet, aus einer freudlichen Jugend, ist das Produkt einer harten Entfaltung und hält nun diese Entfaltung für die Norm des Lebens selbst. Solche Norm des Lebens und ganz neuartige, jüngere Ansprüche an das Leben stellen vor dem Arbeitsgericht mit dem ganzen Position eines Richters entgegen.

Da finden nun Richter und Helfer mit dem besten Willen, beide Lebensbedingungen zu bereinigen und sie miteinander zu verbinden. Solche Verbindung ist nicht immer leicht. Wenn sie gelingt, ist es häufig ein Merkmal der Philosophie. Man münder oft gehen aber hier die Parteien innerlich einander fremd aus einander, noch dazu, wenn das Gericht vor sich aus zugewängelt entzündet.

Die Kammer der Temperamente

Auf einem Korridor weicht das Bild des Hofbaus von allen anderen ab. Hier treffen sich der Scherit und das mildwürdevolle Landshar. Hier, wo die Streitigkeiten der Künstlerwelt gelöst werden, ist das Schicksal der Temperamente. Am wichtigsten davon zeigt gewöhnlich der Direktor. Sein Beruf, so eine mit dem künstlerischen Leben zusammenhängend, ist doch fast mit dem launenhaften verknüpft, der steigende oder sinkende Reizfaden auf sein Gefühl auf seine Auffassung von Gerechtigkeit einen viel größeren Einfluß als auf die seiner Arbeitstätigkeit. Diese Arbeitstätigkeit ohne Temperamente ist etwas Bedeutsames, der Richter vermag, erhoffen den Sieg mehr auf dem Wege des Gefühls zu erreichen. Rechnung und Temperament folgen zusammen.

Der Richter oder voran am Tisch weilt, die Rechnung ist notwendig, führt, das Temperament ist unerlässlich. Seit Jahren leitet er die Künstlerkammer, daß sich alles mit an, bezieht alles durchsichtig alles und denkt vor allem an seine Entscheidung. Die Künstler müssen, steht auf jeder Seite das Recht, trotz ihres Temperaments zu ihrem Gebilde kommen. Der Direktor muß aber auch vor dem Richter stehen, haben sie, das Recht, nicht zu zahlen. Beide Aufgaben sind gleich schwierig, denn — das wird oft häufig die imaginäre Größe des ganzen Prozesses zu sein.

Gericht ohne Rechtsanwält

Die Tatsache, daß der größte Teil aller Streitigkeiten von den 39 Kammern des Arbeitsgerichts im öffentlichen Wege erledigt findet, spricht sehr für die Erhaltung, für die Umficht und Geschwindigkeit der Richter. Vor diesen 39 Kammern tritt sich der Storn der Arbeitslosheren von 23 Amtsgerechtigten, um hier leistungsmäßig zu finden. Der verlässliche Charakter dieser Gerichte wird dadurch unterstrichen, daß in erster Instanz keine Rechtsanwält zugelassen sind und keine gewöhnlichen Vertreter gebildet werden. Die organisierten Angeklagten, die früher durch ihre Vertretungsstellen, durch ihre Organisationen vertreten wurden, haben sich in den Instanzen der „Deutschen Arbeitsfront“ ihrer beruflichen Vertreter. Nicht allein das Anwaltsinteresse, auch das Staatsinteresse wird heute vom Arbeitsgericht vernommen, und seinem Vertriebe wird eine Beschäftigung staatsfeindlicher Arbeitnehmer zugemutet.

Besonders behält die die Zeitschneide des Hofbaus. Zahlreiche Richter sind in der Lage, sich zu äußern, und oft ist es zu beobachten, daß die besten gerinsten Parteien im Hofbauzimmer Platz nehmen, um einen wertvollen Eindruck von der Tätigkeit des Richters mit nach Hause zu nehmen.

Ra.
Zahl des Eierbescheidess, die nur 492 gegen 786 im gleichen Monat des Vorjahres ausmachte. Unter dem Einfluß der Ehefundsbeschleibe ließen die Beschäftigten auf 3068 gegen 2919 im Juli 1932.

Keine Kartoffel darf erziehen

Die Reichsführung des Winterhilfswerks ruft alle Sammeltransport- und Verteilungsstellen im Deutschen Reich auf, dafür zu sorgen, daß in vielen Winter kein Feiner Kartoffeln vom Frost überdält werden darf. Jeder hat an seinem Platz dafür zu sorgen, daß diese Forderung erfüllt wird. Wie Selbstbescheidungen sind aufgegeben, ihre Unterhaltungsstelle, lauter noch nicht geschieden, leidet bei den aufzubühnen Stellen einzutreten. Das Winterhilfswerk ist überparteilich; niemand darf das Gefühl des Amtes empfinden, denn das deutsche Volk hat zurückgefunden zur Schicksalsgemeinschaft, in die arm und reich gehören.



Durch Verordnung vom 23. September 1933 ist den Arbeitellen, Sachgeheimen, Büchereriden und den anderen Inhabern von Reichswahlvereinsangelegenheiten für Zeitraume ab 1. November 1933 ein Zeugnisrecht für billige „Hauswahlmargarine“ ausgedehnt. Zur Durchführung der Befreiung ist vorgelassen, daß Hauswahlmargarine lediglich auf Zeugnisse abgeben werden

Unser Unterhaltungsblatt
enthält im gestrigen Abendblatt u. a. folgende Beiträge:
Aufbau und Zerstörung | Der Psychologen-Kongress
Sind Schriftsteller Menschen? . . . von I. B. Priestley

den darf, die an die Berechtigten durch die Arbeits- und Wohlfahrtsämter ausgegeben werden. Es ist ferner bestimmt, daß die Zeugnisse lediglich in einschlägigen Verkaufsstellen mit Ausnahme der Einzeliseregeschäfte eingelöst werden dürfen.

Heimatlos im eigenen Heim

Ein Mann führt Klage

Es wäre ratlos und begriffenlos zugleich, ein allen Methoden moderner Zierpsychologie ausgehaltete Unterforschungskommission einmal der Aufgabe zu betrauen, Erhebungen darüber anstellen, was eigentlich in den großen unversicherten Familien in ihren unheimlichen Wägen geschieht, die noch nicht Sommer und auch noch nicht Winter sind. Die meisten sind ein zufriedenes jenseitiges Dromedars dazwischen. Ich selber lege tief langen die Bemerkung, daß es von Erinnerungen an die überlebende Einzelheit sein müssen, die in dieser Überlebengänge herausfinden und von dem weiblichen Bewußtsein Befreiung erlangen.

Die äußere Reaktion pflegt gewöhnlich in der Weise zu erfolgen, daß ohne Rücksicht auf die tatsächlich herrschende Temperatur in allen Säulen nahezu gleichzeitig und ohne erkennbaren äußeren Grund die Heizung aussetzt. Mit irgendwelchen Sparmaßnahmen läßt sich dies jedoch nicht vermeiden, und die Heizung wird nicht ausgesetzt, denn einige Wägen früher oder später wird sie den gleichen Händen, die jetzt mit der Hitze gehen, so viel Brennstoff in die Ofen gefüllt, daß man die Fenster aufreißen muß, um einen höheren Erhaltungszustand zu erreichen. Dann aber kommt ein Bett, um man jäh und ohne äußeren Grund nicht mehr aussetzen, sondern Bordspal spielt. Auf mahnenige Fragen und dringliche Töne ergeht abends nur immer die eine getreue Antwort: man könne nicht, man könne nicht mehr, trotz allem nicht ein Bett, man kann nicht liegen kann und dabei man nicht herabgelumpte Familienelien aufbauen. Das jedoch um diese Zeit leidet unter dem Gefrierpunkt herabfällt.

In solchen Wägen, wo ärztliche Anationen ihre Seele befehlen, soll man mit Frauen nicht reden und nicht mit logischen Gründen wieder je freieren. Man tut am besten, auch den Zeugnissatzungen in das große Recht „Mutter der Frau“ einzutreten und, leicht und möglich, feiner Wege.

Im die Jahrestage stellen Kaffeehäuser der männlichen Eignung eine wertvolle Hilfe. Hier wird eine Portion vorgewarnter Fröhlichkeit oder nachdemuntere Schritt auch dem kleinsten Besuche ein Bett, um man jäh und ohne äußeren Grund nicht mehr aussetzen, sondern Bordspal spielt. Auf mahnenige Fragen und dringliche Töne ergeht abends nur immer die eine getreue Antwort: man könne nicht, man könne nicht mehr, trotz allem nicht ein Bett, man kann nicht liegen kann und dabei man nicht herabgelumpte Familienelien aufbauen. Das jedoch um diese Zeit leidet unter dem Gefrierpunkt herabfällt.

Bei allen Wägen jedoch die Stoffes nur zähe Dauerhaftigkeit. In der um die Mittagsstunde ergeht, lauft sich nun im Wintermännchen dem letzten Gegenlicht. Wenn nicht es den Wägen an, wenn sie sich fürwahrlich erheben und die Wärme in den Zeugnissen ihrer Väterets vertragen, daß sie sich nur jähren und ungenügend sein Heimbere erdulden, weiß doch ein jeder, welche Entscheidung dabei hinter der vorzüglich aufgelisteten Flutlinie auf ihn laucht.

Wenig gute Vorläufe in diesen Wägen aufbauen werden, wieviel Familienelien unterworfen, meist oberhalb der Fingertippen hier der Fehrbewertung verläuft, jedoch seine Frau und nicht anwährend zu erkennen, und es wäre eine lächerliche Nebenhandlung der angelegten Fortschrittskommission, diese Berührungen in anschaulichen Säulen zum plastischen Ausdruck zu bringen. Viel häufiger Seligkeit wird bestimmt nicht erachtet, wenn die heimliche Beziehung funktioniert hätte. Ich lenne Wägen, die sich unter dem Weihnachtsbaum die leistung Balance wiedergefunden haben, die in der feindlichen Wägen zu Beginn der Herbstzeit mitwillig nicht unzufrieden geschien. Und wie immer namentlich wie Versuch beizutreten untere an sich nicht lewendlich tendenzwerte Position gegen die fremde Jugend äußerlich Jungelien weiterziehen, wenn man aus durch Eheschwand aus den Familienelien heraus und einer Verbindung in die Ferne treibt, von der nicht mehr zu erwarten ist, daß sie verlässliche Fundamente unter erschlichen Ziere beizutreten. Man kann veranlassen, mit dem einen Säulen an vertrauten Männermaterial aus in beizutretender Fingert ein wenig plötzliche umgehen, was nicht zuletzt vom Standpunkt der Bevölkerungspolitik eine dringend gebotene Maßnahme.

Heilbracht.

Die Suche nach dem Unglücksauto

Die Polizei fahndet noch nach dem verbrecherischen Unfallauto, aber, wie berichtet, am Sonntag abend vom Donau-Strömungsbereich in die Nähe von Dahn, wo ein vierköpfiger Familienwagen fuhr und dann flüchtete, ohne sich um die Verletzten zu kümmern.

Im Interesse der Beseitigung des Unfalls, der ein Todesopfer forderte, werden sämtliche Autoparcaterwerkstätten und Organe gebeten, auf Reparaturarbeiten zu achten, bei denen ein Automobil in die Nähe von Dahn in eine Garage oder Werkstätte gefahren wird. Man fahre nämlich an der Unglücksstelle den Verkehr des Säulen mit elektrischer Spule und Magnet. Die Winterhilfe und der Wintererz leihen. Das Auto ist ein graublaues, zweifachfarbiges Sportmodell, das die Bezeichnung 1 E aufweist. In der Erstennummer befindet sich vermutlich die Ziffer 17 und 49 in einer fünfstelligen Zahl. Auf jeder Flucht hat der Autofahrer die Scheibenreinigung und den Lichtreflex einer Porlamme des Autos verloren. Die Scheibe ist außen gelb und innen geriffelt; sie kommt von der Firma DAF. Mitteilungen können an das Polizeipräsidium Berlin 0225, Apparat 676, erfolgen.

Kanzlerrede vom Sportpalast bis zu Lützowstraße. Bei der Übertragung der Rede des Kanzlers aus dem Sportpalast wurde auch außer in den schon durch vielfache Benutzungen Sälen in der Potsdamer Straße in der Ausdehnung vom Sportpalast bis zur Lützowstraße Sechshundert-Croft-Laufplatz aufgeführt.

Sechs Mietsgedrüber verhaftet. Die Kriminalpolizei konnte den früheren Mietsgedrüber auffinden, der im April vorigen Jahres in der Dunderstraße in Berlin 9 verhaftet worden war. Unter der Leitung des Wägherrn Kurt Döhlmann hatte eine Herberchande die Mietsgedrüber Abler überfallen und der grade einflussreichen Mietsgedrüber in Höhe von 1200 Mark

Der Gastwirt darf hoffen

Die Gesandung des überseeten Gaststättengewerbes wird von zwei Seiten aus angepackt. Auf der einen Seite hemmen sich die beteiligten Verbände, durch Zusammenfassung der Betriebe in ein mehr straff zusammengefaßtes Brauereien zu einer Milderung des Konkurrenzkampfes zu kommen. Auf der anderen Seite strebt der Staat durch strenge Handhabung des Konzessionswesens hinsichtlich der Vermehrung der bestehenden Betriebe an.

Die Gewerbezeche, die Beherbergung und Bewirtung als Geschäft betreiben, umfassen mit ihren rd. 260.000 Betrieben und 750.000 beschäftigten Personen einen Firmen- und Personalkreis, der größer ist, als etwa der des Baugewerbes oder der Eisen- und Metallgewinnung. Im Vordergrund stehen dabei die Schank- und Speisewirtschaften mit rund 170.000 Betrieben, es folgen die Hotels mit ca. 60.000 und die Kaffeehäuser mit ca. 10.000 Betrieben mit zusammen ca. 40.000 Betrieben. Dabei überwiegen durchaus die mittelständischen Kleinbetriebe mit weitgehender Mitarbeit der Frau; waren doch von den 750.000 insgesamt beschäftigten Personen nur etwa 300.000 fremde — vorwiegend weibliche — Arbeitskräfte. Wenn man sodann feststellt, daß das Gast- und Speisewirtschaftsgewerbe in seinen guten Jahren (1928/29) einen Umsatz von 6—7 Milliarden RM erzielte, und davon an reinen Verkehrssteuern (Biersteuer, Beherbergungssteuer und dergl.) selber etwa eine Milliarde dem Staatskassazufuß, so ist auch die rein wirtschaftliche Bedeutung dieses Gewerbezweiges hinreichend gekennzeichnet.

Es ist unter diesen Umständen also auch für den Zusammenhang der Gesamtwirtschaft nicht ganz belanglos, die Bestände festzustellen, die das Gast- und Speisewirtschaftsgewerbe sich offensichtlich in einer Art strukturellen Schrumpfung befindet. Die Betriebszahl von 1925 ergab, daß sich die Zahl der Betriebe zwischen 1907 und 1925 um 80.000, das ist um fast ein Viertel, vermindert hatte. Zwischen 1925 und 1929 liegt zwar eine Stillstand mit geringem Aufwärtstrend vor, während 1929/30 brachten aber hier eine Rückbildung von ganz einzigartiger Schärfe.

Am deutlichsten dokumentiert sich dies in den Zahlen über die durchschnittliche tägliche Milch- und Bierabnahme. Während 1913/14 je Einwohner 102 Liter Bier konsumiert wurden, waren es in den Jahren der Hochkonjunktur 1928/29 120 und 1930 nur 110 Liter. Die Bierabnahme ist also im Durchschnitt um 10 Prozent zurückgegangen. Der Milchverbrauch hat sich bereits 1928/29 mit 14 Liter je Kopf gegenüber dem Stand von 1912 fast halbiert und sank bis 1932 weiter auf 0,6 Liter ab. Die Feststellung, daß auch in den wirtschaftlich günstigen Jahren der Vorkriegszeit der Milchverbrauch weit entfernt nicht erreicht war, macht deutlich, daß bei dieser Schrumpfung des Alkoholkonsums und einem ganz beträchtlichen Anstieg der Milchabnahme Faktoren wirksam waren. Vielmehr spiegelt sich in dieser Entwicklung neben dem steigenden Erfolg der Mälzereikonkurrenz jene tiefgreifende Umwälzung wieder, die ein ganzes öffentliches Leben in der Nachkriegszeit erfahren hat. Sport, Jugend- und Wandersport haben sich zu einer ungeheuer breiten Schicht besonders in der jüngeren Generation als regelmäßigen Alkoholverzicht, zu einer Verlegung des geselligen Lebens in eine andere Umgebung geführt. Daneben hat zweifellos die Radio- und Filmbegeisterung die sozialen Lebenslagen zu einer gewissen Bindung grade des Familienoberhauptes an die heimische Wohnung, geführt. Für die letzten Jahre sind darüber hinaus die in den letzten Jahren — von jeher ein wichtiger Träger des Gaststättenumsatzes — mit der Auflösung oder Umbildung zahlreicher Verbände an Bedeutung verloren gegangen.

Nicht genug das hat auch das allüberkommene Gaststättenwesen in den letzten Jahren noch mit der steigenden Konkurrenz von Betrieben zu rechnen gehabt, die nicht im engeren Sinne ein Gaststättenbetriebe sind, sondern sind einmal die Kaffeehäuser und Kinos, die besonders in der Inflation in fast allen größeren Städten und Betrieben entstanden sind und heute einen beträchtlichen Teil des Maschinenumsatzes und nicht konzentriert in den letzten Jahren hat sodann die im Mittelstande zur Gründung von mit minimalem Speiseapparat belasteten „Mittags- und Abendrestaurants“ nicht konzentriert in den letzten Jahren auf dem Gebiet des Beherbergungsgewerbes die alten Gasthöfe und Hotels mit einer von Jahr zu Jahr wachsenden Konkurrenz von Heimen, Pensionen und gelegentlichen Zimmervermietern zu zusetzen.

Wenn diese unverkennbare Einengung der Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten des Gaststättengewerbes nicht zu einer viel stärkeren Anpassung des Gewerbezweiges an die veränderten Lebenslagen, besonders unter Berücksichtigung der vornehmlich daran, daß es sich, wie oben ausgeführt, hier vorwiegend um kleine, mit Familienkraft arbeitende Betriebe handelt, die sich nicht in ein so starkes Schicksal schmeißen können. Es haben sich daher in den letzten Jahren die Bestrebungen vermehrt, durch gesetzliche Zugangsmaßnahmen die Konkurrenz zu begrenzen. War es schon im Jahre 1913 eine Verordnung über die Konzessionsvergabe, so hat das Gesetz vom April 1932 den Konzessionszwang für alle Betriebe dieser Art eingeführt, so folgten bald in den einzelnen Bundesländern die entsprechenden Bestimmungen. In diesem Mittel der Zahl der Betriebe zu regulieren. Es entstanden sogenannte Sperrverordnungen, zuerst in Hamburg und Thüringen, und in November 1931 auch in Preußen, später in fast allen anderen Ländern, zuletzt in Württemberg. Diese Verfügungen beschränken sich zunächst nur auf Schankwirtschaften und machten die Neuerrichtung von Betrieben nur unter bestimmten Umständen möglich. Sie haben sich jedoch eine neue Verordnung abgeben, die den Inhalt, daß bei neuen Konzessionen, auch nach Freiwirder einer Gaststätte, durch Todesfall u. dgl., einzig und allein die Betriebsstättenzahl zu berücksichtigen ist. Wenn der „Reichseinheitsverband für das Gaststättengewerbe“ in seinem Kommentar zu dieser Verordnung die Erwartung ausspricht, daß es gelingen wird, durch die Beschränkung der Zahl der Betriebe, die bestehenden Gaststätten um etwa 30 pCt. zu vermindern, so läßt sich die Frage, ob das möglich ist, erst auf Grund einer genauen Kenntnis der Konzessionspraxis beantworten. Es ist hier unter anderem die Frage zu stellen, inwieweit die zusätzlichen Gaststätten, für die eine Berechtigung nur bei neuerschlossenen Siedlungen oder auch in beim Umbau der

Reform des Notierungswesens

Die neue deutsche Agrarpolitik, die sich neben der Schaffung eines einheitlich organisierten landwirtschaftlichen Preisstandes, die Hebung des Preisniveaus für Agrarprodukte besonders angeht, sieht, ist allerdings bemüht, auch auf dem Gebiet der Preisnotierung an den Börsen und Märkten Reformen durchzuführen.

Nach der Schaffung von Festpreisen für Brotgetreide, wodurch allein schon die Tätigkeit der Produzenten und Verarbeiter beschränkt wurde, sind für Fremden, wie wir bereits im gestrigen Abendblatt mitteilten, neue Bestimmungen in die Hörsordnung aufgenommen worden. Die dem Börsenamt erteilte Ermächtigung über die gestellten Geschäfte Auskunft zu verlangen, soll volle „Preiswahrheit“ gewährleisten. Wenn es bisher nicht gelungen ist, eine lobhafte Umgestaltung des Produktionsverfahrens herbeizuführen, so lag der Grund weniger in mangelnder Aufnahmefähigkeit der zweiten Hand, als vielmehr in der Überfüllung der Lager.

Zusammenarbeit Reichsgroßhandelsstelle — Mühlen

Nachdem durch die Gründung der „Deutschen Mülleerschiff (D.M.)“ ein „Zwangsvereinbarung“ aller Roggen-Weizen verarbeitenden Betriebe erfolgt ist, wird nunmehr mitgeteilt, daß zwischen der Reichsgroßhandelsstelle und den Mühlengewerbe eine enge Zusammenarbeit erfolgen soll. Durch diese Zusammenarbeit soll die Entlastung der Märkte für die Mühlen ein wichtiges Aufgabengebiet der Reichsgroßhandelsstelle war, einem größeren Interessentenkreis übertragen werden. Falls dieses Zusammensehen zu einer Vertiefung des Befugnisse des bisherigen Leiter der Hauptabteilung IV des Reichsministeriums, H. Daßler, übertragen werden. Der Zeitpunkt seiner Amtsübernahme wird erst bekanntgegeben werden, wenn die Ausführungsverordnung zum Mühlengesetz, die in Kürze verfaßt, erlassen worden ist. Welche Bedeutung man dieser Maßnahme beimisst, geht daraus hervor, daß Daßler von seinen Funktionen als Hauptabteilungsleiter entbunden wird, aber weiterhin Beauftragter des

Hausse in Wallstreet

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

New York, 23. Oktober. Obwohl Wallstreet über den Ausgang der Experimente Roosevelts im Dunkeln tappt, ist man doch überzeugt, daß eine Erhöhung der Warenpreise durch irgendeine Art von Währungsmanipulation inoffiziell erwungen werden soll. Die Begeisterung inflationstheoretischer Kreise des Kongresses deutet darauf hin, daß Roosevelt für ein Inflationsprogramm gewonnen ist. Unter diesen Voraussetzungen reagierten Börsen und Produktenhäuser mit einer typischen Inflationshausse. Die Werte stiegen rapide, so die hochskalierten Home-stake Mining Co. auf California um 40 Punkte. Der Obligationenmarkt lag uneinheitlich. Regierungsbonds einschl. der neuen Emission schlossen niedriger.

Ausführlicher Bericht siehe Seite 1

Franc und Dollar

Die Ansicht der City

LONDON, 23. Oktober. Die Rundfunkrede Präsident Roosevelts hat am Londoner Devisenmarkt zu einer scharfen Abwärtsbewegung des Dollar geführt. Der Franc stieg demgegenüber den ganzen Tag an, dauerte, ist der Dollar von einem Eröffnungskurs von 457½ auf 464 zurückgewichen. Gleichzeitig haben die unbestimmten

City entstehenden neuen Gebäudekomplexen gegeben ist. Rein rechtlich stehen diese Neuerrichtungen auch die Konzessionen gleich, die nach dem Ableben oder auf Grund eines Verfalls von bisherigen Konzessionen erteilt werden. Hier ist der Hauptanstoßpunkt für die Einschränkungspolitik. Es wird von Fall zu Fall zu prüfen sein, ob eine Weitererteilung der Konzessionen wirtschaftlich gesehen, nötig und erwünscht ist. Die Gaststättenverbände jedenfalls, die in dem Verfahren der Konzessionserteilung — für die meisten Gaststättenbetriebe — die Gelegenheit fast durchweg, um gegen die Neuerteilung der Konzession Einspruch zu erheben. Auch bei der Veräußerung einer Konzession im Zusammenhang mit einem Verkauf der Gaststätte wird — je nachdem in den meisten Großstädten — in der Regel auf genaueste geprüft, ob die Gaststätte lebensfähig und notwendig ist, und in Fällen häufigen Inhaberwechsels, starker Schuldübernahme und dergl. wird nicht selten die Konzession nicht weitergegeben und damit der Verkauf unmöglich gemacht. Die folgenden Zahlen zeigen, daß die Schankstätten in Berlin zeigen deutlich die Auswirkungen des Konzessionswesens.

	Alt-Berlin	Größ-Berlin			
1913	1923	1930	1931	1932	
Schankwirtschaften	11 683	14 351	14 163	15 754	13 170
Alkoholf. Schankst.	946	657	1 708	2 086	1 963
Schankstätten insges.	12 629	15 008	15 871	15 840	15 139

Diese Zahlen zeigen, daß der Anstieg der Gaststätten zwischen 1923 und 1930 ganz zugunsten der alkoholfreien

Beizernährungsministeriums bei der Reichsstelle für Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse bleibt.

Preiswahrheit an den Schlachtviehmärkten

Die Verhältnisse an den Schlachtviehmärkten bedürfen ebenfalls einer Prüfung, da die Klagen über Unstimmigkeiten zwischen tatsächlichen Frankenkursen und Preisnotierung nicht verstummen wollten. Die ersten Versuche, hier Wandel zu schaffen, wurden Ende Juli durch die Erhebung einer Ausgleichsabgabe für Schlachtvieh, das das Lebensviehwirtschaft nicht berührt, unternommen. Die zweite Maßnahme erfolgte gestern durch einen Rundschreiben des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, dem Reichsminister weist darin die nachgeordneten Behörden daraufhin, daß die bisherigen Änderungen der Preisfeststellungs-Ordnungen für die großen Schlachtviehmärkte bewirken sollten, daß auch die guten Qualitäten von der Notierung besser erfaßt werden. Zweck dieser Maßnahme sollte sein, daß derartige Schlachtvieh, für das verhältnismäßig hohe Preise erzielt werden, die Gesamtnotierung im Interesse der Landwirtschaft erhöhen. Dies Ziel sei in dem möglichen Umfang noch nicht erreicht worden, da die Notierungsstellen dazu nicht genügend Frankenkursen zur Verfügung zu nehmen, die einer geringeren notierten Gruppe angehören. Der Minister erwähnt in diesem Rundschreiben zahlreiche derartige Vorkommnisse und ersucht die Ober- und Regierungsstellen, die Notierungen der verschiedenen Qualitätsklassen „wesentlich genauer als bisher eingehend“ zu prüfen.

Die durch diese Maßnahme die Fleischpreise keine Erhöhung erfahren sollen und dürfen, ist ein derartiges Vorgehen im Interesse der Landwirtschaft dringend erwünscht. Der Index der Viehpreise war zu Beginn des Jahres auf 57,9, d. h. mehr als 20 Prozent unter dem Stand von 1929. Ende September wurde durch die verschiedenen Regierungsmaßnahmen in Verbindung mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit lediglich ein Stillstand erreicht, der sich bis Ende Oktober nicht zu einem günstigen Preisverhältnis kann vor allem im Hinblick auf die Preisentwicklung für industrielle Fertigerwaren, die im September 113,6 des Vorkriegsstandes erreichten, noch immer nicht gehoben werden. Es wäre allerdings erwünscht, daß zur Verringerung der Handlungsunkosten auch bei Vieh und Viehpunkten eine ähnlich starke Zurückbildung der Preise, wie bei den verschiedenen Verteilergruppen, wie beim Brotgetreide, durchgeführt würde.

Aussicht der Pariser Kammergeschlecht um das Budget die Spekulation zu weiteren starken Frankenschwächen zu veranlassen. Der heutige Schlußkurs von 82,4 liegt noch um eine Kleinigkeit unter dem bereits sehr schwachen Wochenkurs von 82,9.

Während bisher Dollar und Franken in einer fast zum Gesetz gewordenen umgekehrten Wechselwirkung standen, wobei das Anziehen des Franken die Gebenbewegung einer Dollarschwäche und umgekehrt war, das Hund aber der Dollarkurs folgte, hat sich in den letzten Tagen eine Unabhängigkeit des Pfundkurses von beiden Währungen herausgebildet, das heißt, daß der Sterling sich unabhängig von Goldbewegungen und Goldkursen verhalten hat. Diese Aufwärtsbewegung, die in diesen Tagen von zwei Seiten erfolgte, läuft durchaus den Interessen der britischen Wirtschaft zu. Die Londoner Börse hat sich in Londoner Markt bildet trotzdem heute ganz sich selbst überlassen. Die englischen Stellen machten auch keinen Versuch, den Sterlingskurs zu drücken.

Während im allgemeinen die Frankenschwäche optimistisch laut und mit einer Erhöhung des Frankens und der Überwindung der Budgetkrise am Falle eines Regierungswechsels gerechnet wird, ist die Beurteilung der weiteren Entwicklung des Reichs und besonders unter dem Einfluß der gestrigen Roosevelt-Rede, wenig hoffnungsvoll. Die City zieht aus den Erklärungen Roosevelts nur eine erneute Besteuerung der schon zur Zeit der Weltwirtschaftskongress geäußerten Prinzipien, nämlich die Konzentration auf die reinen inneren Bedürfnisse anstatt die Währungspolitik mit einem Dollar, der in seiner Relation zum Franc und Goldkursen künstlich labil gehalten wird. Die Hoffnung auf eine allgemeine Stabilisierung sieht man damit in weite Ferne gerückt.

freien Lokale gibt, und daß in den letzten beiden Jahren in Auswirkung der Verschärfung des Konzessionswesens der Bestand an Gaststätten jeder Art deutlich zurückging. Welch großer „Anschlag“ an Konzessionen stattfand, geht daraus hervor, daß 1929 nicht weniger als 4264 Konzessionen in Berlin erteilt wurden; davon waren 1202 Neukonzessionen, 1159 Betriebsübertragungen, 917 Verkäufe und 228 Erweiterungskonzessionen. In jenem Jahr haben also nicht weniger als ein Viertel der Gaststätten ihren Inhaber gewechselt. Durch das Zusammenwirken der Krise und der Verschärfung des Konzessionswesens ist eine Substanzverminderung dann die Zahl der erteilten Konzessionen auf 3594 im Jahre 1931 und 2311 im Jahre 1932 zurück.

Diese Zahlen illustrieren recht gut die vielfältigen Probleme, die aus der Taktik der Konzessionsverschärfung erwachsen. Die Abnahme der Zahl der Gaststätten, die Seite; die Verweigerung der Neukonzession nach Todesfällen, Zusammenbrüchen usw. beschränkt naturgemäß die Möglichkeit, zum wirtschaftlichen Bestand und zur Substanzvermehrung des Nachwuchses und schafft auch arbeitsmarktpolitische Belastungen, wenn es auch selbstverständlich volkswirtschaftlich notwendig ist, die Zahl der Gaststätten zu vermindern. Die ausgenutzten Arbeitskräfte in diesem Zusammenhang kleinerer Zahl will ausgenutzt zu große Arbeit. Nicht minder bedauerlich ist die Kapitalseite des Problems. Die Verweigerung der Neukonzession nach Todesfällen, Zusammenbrüchen usw. beschränkt naturgemäß die Möglichkeit, zum wirtschaftlichen Bestand und zur Substanzvermehrung der Lokaltälten, insbesondere durch die Schaffung von Einzelhandelsgehäusen eine Sperr besteht — nur schwer eine

